

Georgien und die Genfer Gespräche:
„Nur Verhandlungen bringen uns weiter“

Die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement:
Ein Vorzeigeprojekt geht an den Start

Schwerpunktthema: Gender und umfassende Sicherheit





Das OSZE-Magazin, das auch online verfügbar ist, wird von der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Englisch und Russisch herausgegeben. Die in den Artikeln zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Ansicht des Verfassers wieder und nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten.

Redaktion: Patricia N. Sutter
Mitarbeit: Cédric Rousseaux
Gestaltung: Nona Reuter
Druck: Manz Crossmedia

Kommentare und Beiträge richten Sie bitte an:
 osce.magazine@osce.org

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6, A-1010 Wien (Österreich)

Tel.: (+43-1) 514 36-6278 Fax: (+43-1) 514 36-6105

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa setzt sich für die Verwirklichung von Stabilität, Wohlstand und Demokratie in 56 Staaten ein. Sie will dies durch einen politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch eine auf nachhaltige Veränderungen abzielende praktische Tätigkeit bewirken.

OSZE-Vorsitz 2009: Griechenland

OSZE-Organe und -Institutionen

Ständiger Rat (Wien)
 Forum für Sicherheitskooperation (Wien)
 Sekretariat (Wien)
 OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit (Wien)
 Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Warschau)
 Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (Den Haag)
 Parlamentarische Versammlung der OSZE (Kopenhagen)

Feldoperationen

Südkaucasus

OSZE-Büro in Baku
 OSZE-Büro in Eriwan
 Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Zentralasien

OSZE-Zentrum in Aschgabad
 OSZE-Zentrum in Astana
 OSZE-Zentrum in Bischkek
 OSZE-Büro in Tadschikistan
 OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan

Osteuropa

OSZE-Büro in Minsk
 OSZE-Mission in Moldau
 OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

Südosteuropa

OSZE-Präsenz in Albanien
 OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina
 OSZE-Mission im Kosovo
 OSZE-Mission in Montenegro
 OSZE-Mission in Serbien
 OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje
 OSZE-Büro in Zagreb

Geleitwort der Amtierenden Vorsitzenden

Im Dezember, während des Ministerrats in Helsinki, führten wir offene und inspirierte Gespräche über „Die Zukunft der Sicherheit in Europa“. Es spielte keine Rolle, dass am Ende mehr Fragen als Antworten standen. Weil wir eine so ungezwungene und konstruktive Aussprache hatten, war mir klar, dass wir außerhalb unserer traditionellen, formalisierten Gremien nochmals zusammenkommen und unsere Erfahrungen fortführen sollten.



OSZE/ANTONIOS DOYKAS

Ich kündigte damals meinen Kollegen an, dass der designierte griechische Vorsitz 2009 bereit und willens sei, eine Zusammenkunft „ohne Zwänge hinsichtlich des zeitlichen Rahmens und der Geschäftsordnung“ zu organisieren.

Zur Halbzeit unseres Vorsitzes, am 27. und 28. Juni, ist es nun soweit: Die Insel Korfu zieht alle Register, damit dort in lockerer und entspannter Atmosphäre der von vielen erhoffte Start zu einem „Korfu-Prozess“ erfolgen kann – einem mit neuem Leben erfüllten, allen offenstehenden und niemanden ausschließenden Dialog über die Frage, wie wir an einige der schwierigsten Sicherheitsfragen unserer Zeit am besten herangehen sollen.

Die Veranstaltung zur Jahresmitte ist ein entscheidender Moment für unseren Vorsitz, der sich in einer politischen, geografischen und kulturellen Brückenfunktion sieht und die vielfältigen Bemühungen unserer zahlreichen Teilnehmerstaaten um Förderung gemeinsamer Werte und Umsetzung gemeinsamer Verpflichtungen im Bereich der kooperativen und umfassenden Sicherheit zusammenführen will.

Diese Ausgabe des OSZE-Magazins beleuchtet einige der komplexen Bereiche, in denen sich der griechische Vorsitz im letzten Halbjahr mit Offenheit, Kompromissbereitschaft und gutem Willen engagiert hat. Ob es sich um die Wiederaufnahme des Dialogs im Kaukasus durch Diplomatie auf höchster Ebene oder die Gründung eines Ausbildungszentrums zur Stärkung des Grenzmanagements und zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Zentralasien handelt – immer ist die OSZE im Zentrum der vielseitigen Bemühungen um Förderung von Stabilität und Sicherheit.

Es freut mich besonders, dass diese Ausgabe dem Schwerpunktthema Gender gewidmet ist. Jede dieser ganz persönlichen Geschichten erinnert daran, worum es im Helsinki-Prozess geht: den Schutz und die Förderung der „dem Menschen innewohnenden Würde“ und das Aufweichen der Grenzen zwischen „weicher“ und „harter“ Sicherheit.

Wenn Sie dieses OSZE-Magazin in Händen halten, wird unsere Bestandsaufnahme in Korfu bereits beendet sein. Ich zweifle nicht daran, dass die OSZE dann wieder einmal gezeigt haben wird, dass sie ein ideales Forum für eine auf hohem Niveau geführte Debatte über gesamteuropäische Sicherheit ist.

Ich sehe der zweiten und abschließenden Phase unseres Vorsitzes erwartungsvoll entgegen, in der wir von Korfu Kurs auf Athen nehmen werden, wo im Dezember das Ministerrattreffen stattfinden wird. Vor uns liegt ein steiniger Weg, der jedoch interessante und kreative Möglichkeiten zur Wiederherstellung von Vertrauen und Zuversicht unter allen Mitgliedern unserer OSZE-Familie bieten wird.

Dora Bakoyannis
 Außenministerin von Griechenland
 Athen, 22. Juni 2009

www.osce.org/cio • <http://twitter.com/osce> • www.mfa.gr/en
www.dorabak.gr • http://twitter.com/Dora_Bakoyannis

In dieser Ausgabe



HÄUSLICHE GEWALT

- 20 Emotionales Muskeltraining: Männer arbeiten mit Männern, um die häusliche Gewalt einzudämmen
Michael Unland
- 22 Jugendliche erheben ihre Stimme gegen Gewalt: Kinder als Katalysatoren der Veränderung
Scott Cameron

OSZE-VORSITZ 2009

- 4 Interview mit Botschafter Charalampos Christopoulos Georgien und die Genfer Gespräche: „Nur Verhandlungen bringen uns weiter“
Sonya Yee
- 7 Die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement: Ein Vorzeigeprojekt geht an den Start

SCHWERPUNKTTHEMA: GENDER UND UMFASSENDE SICHERHEIT

- 9 Interview mit Jamila Seftaoui *Gender Mainstreaming*: Fuß fassen in Strategie und Praxis der OSZE
Patricia N. Sutter

FRAUEN UND SICHERHEIT

- 12 Friedenseinsätze und Gender: Ohne die vollständige Einbindung von Frauen geht es nicht
Donald Steinberg
- 14 *Gender Mainstreaming und Community Policing* in Aserbaidschan: Festgefahrene Stereotypen aufweichen
John MacGregor
- 17 Eine Frau in Uniform in Georgien: Vertrauensbildung durch Professionalität und Empathie
Martine Rosenthal

- 24 Tadschikistans einziges Frauenhaus platzt aus den Nähten: Hilfe erhofft man sich vom Gesetzgeber
Graziella Piga
- 26 Eine alarmierende Tatsache – Brautraub in Kirgisistan: Bedarf an mehr Studien, die Aufschluss über neue Trends geben
Turganbubu Orunbajewa

GENDER UND MIGRATION

- 30 Seit Langem überfälliges Hilfsmittel weist den Weg zu einer geschlechterdifferenzierten Betrachtung der Arbeitsmigration

www.osce.org

Sremska Kamenica, Serbien, 5. Dezember 2008. Maja Kovačev, 23, macht ein Foto von sich und Damljan Grebović, 25, bei der Graduierungsfeier im polizeilichen Grundausbildungszentrum nahe Novi Sad in der nordserbischen Provinz Vojvodina. Sie sind Absolventen des ersten Jahrgangs, in dessen Lehrplan die vom Innenministerium mit Unterstützung der OSZE-Mission in Serbien eingeführten neuen Polizeireformen Eingang gefunden haben. Maja Kovačev und Damljan Grebović haben nun ihre Probezeit bei einer Bezirkspolizeidienststelle absolviert und ihre Abschlussprüfungen bestanden. Seit Kurzem sind sie richtige Polizeibeamte. Das polizeiliche Grundausbildungszentrum ist stolz auf seine Bemühungen, Frauen und Angehörige von Minderheiten für den Polizeiberuf zu gewinnen. Es hat sich selbst einen 30-prozentigen Frauenanteil für jeden Jahrgang zum Ziel gesetzt. Maja Kovačev war eine von 32 Frauen unter 128 Auszubildenden.



Georgien und die Genfer Gespräche: „Nur Verhandlungen bringen uns weiter“



„Jeder einzelne Konflikt ist Ausdruck eines Versagens der Diplomatie. Er ist für die betroffenen Menschen eine Tragödie. Jeder Fall ist einzigartig und verlangt unsere besondere Aufmerksamkeit. Ein Konstante zieht sich jedoch durch alle Konflikte: Es gibt keine militärische Lösung. Daher bringen uns nur Verhandlungen weiter.“ Die Amtierende Vorsitzende, Außenministerin Dora Bakoyannis, löste das zu Beginn des griechischen Vorsitzes gegebene Versprechen ein und ernannte Botschafter Charalampos Christopoulos ohne viel Zeit zu verlieren zu ihrem Sonderbeauftragten für Langzeitkonflikte. Sonya Yee, Pressereferentin der OSZE, gelang es, den hochrangigen griechischen Diplomaten während seines jüngsten Besuchs in Wien über die neuesten Entwicklungen im Gefolge seiner Reisediplomatie zwischen Tiflis und Zchinwali und der Genfer Gespräche über den Friedensprozess in der Region zu befragen.

Sonya Yee: Sie sind seit Januar unterwegs, Sie reisen zwischen Ihrer Zentrale in Athen, Genf, Wien und Moskau hin und her, ganz abgesehen von wichtigen Schauplätzen wie Tiflis, Zchinwali, Suchumi, Chişinău und Tiraspol. Was die Genfer Gespräche über Georgien betrifft, wie sehen Sie die Errungenschaften und Rückschläge seit Jahresbeginn?

Botschafter Christopoulos: Ich glaube, wir machen Fortschritte, obwohl nicht geleugnet werden kann, dass wir noch immer mit echten Schwierigkeiten zu kämpfen haben – etwa bei den Verhandlungen über den Fortbestand der OSZE-Präsenz. Gleichzeitig gab es aber in anderen Bereichen Fortschritte.

Am 19. Mai schlossen wir die fünfte Runde der Genfer Gespräche über Stabilität und Sicherheit in Georgien ab, bei denen die OSZE mit den Vereinten Nationen und der Europäischen

Union den Vorsitz führt. Gemeinsam haben wir, insbesondere zur Vorbereitung der Gespräche, mehrmals Tiflis, Zchinwali und Suchumi besucht. Alle Seiten sind sich einig, dass es einen Dialog geben muss, aber natürlich war das nicht so leicht. Die Emotionen gehen noch hoch und die Standpunkte liegen in manchen Fällen noch weit auseinander. Trotzdem, glaube ich, sind wir alle der Ansicht, dass sich die Dinge in eine positive Richtung bewegen.

In einer der früheren Gesprächsrunden begrüßten die Teilnehmer die Rolle der OSZE bei der Wiederaufnahme der Gaslieferungen nach Zchinwali als positiven Ansatz, von dem sie sich vor Ort noch mehr wünschen würden. Das Umfeld ist noch voller Gefahren, und die Genfer Gespräche sind das einzige Forum, in dem alle Seiten miteinander über Sicherheit und Stabilität und über humanitäre Angelegenheiten sprechen können. Es ist daher wichtig, dass wir uns für diesen Prozess Zeit nehmen.

Was kam bei der letzten Gesprächsrunde heraus?

Bei der fünften Gesprächsrunde waren die Teilnehmer bereit, Erörterungen über konkrete Sicherheitsvorkehrungen aufzunehmen. Wir machten auch erste Fortschritte an der humanitären Front. Ich war besonders froh darüber, dass sich die Teilnehmer auf die Bildung eines gemeinsamen Teams einigten, das herausfinden soll, welche Reparaturen nötig sind, damit über

Genfer Büro der Vereinten Nationen, Völkerbundpalast, 19. Mai 2009: Johan Verbeke, VN-Sonderbeauftragter für Georgien (links), Pierre Morel, EU-Beauftragter für die Krise in Georgien (Mitte), und Charalampos Christopoulos, Sonderbeauftragter der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, bei einer Pressekonferenz nach Abschluss der fünften Runde der Genfer Gespräche.
Foto: AFP/Fabrice Coffrini

Dorf Dwani, südlich der Verwaltungsgrenze, 29. Mai:

Pascal Heyman, Stellvertretender Direktor im Konfliktverhütungszentrum der OSZE, und Botschafter Hansjörg Haber (links, teilweise verdeckt durch die Kamera), Leiter der EUMM in Georgien, informieren Journalisten nach dem zweiten Treffen im Rahmen des gemeinsamen Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen. Dahinter (von links nach rechts): Gill Janvier, Stellvertretender Leiter der EUMM in Georgien, Gottfried Hanne, Stellvertretender Leiter der OSZE-Mission in Georgien, Oberstleutnant Steve Young, Leitender Offizier, und Clive Trott, Stellvertretender Einsatzleiter der EUMM.



die Verwaltungsgrenze hinweg die Versorgung mit Trinkwasser und Wasser für die Bewässerungsanlagen sichergestellt wird. Das Team, das von einem internationalen Experten geleitet wird und unter der Schirmherrschaft der OSZE steht, besuchte die Region in der Woche vom 8. Juni und beabsichtigt, Anfang Juli einen Bericht vorzulegen.

Im Verlauf der Gespräche legten die Kovorsitzenden auch fünf Konzepte zu den Themen sozialer und wirtschaftlicher Wiederaufbau, Eigentums- und Wohnrechte, Erleichterung der Rückkehr, Rechtsstellung der Flüchtlinge und Vertriebenen und Wiederherstellung der Wasserversorgung vor. Wir hatten einen ersten Meinungsaustausch zu diesem breiten Themenspektrum, einschließlich der menschenrechtlichen Aspekte, und die Teilnehmer kamen überein, noch vor der nächsten Gesprächsrunde am 1. Juli eine Stellungnahme dazu abzugeben.

Die OSZE sieht es als ihre Verpflichtung, Aufgaben im Rahmen der gemeinsamen Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen zu übernehmen, die im Falle von Sicherheitsvorfällen in Gang gesetzt werden sollen. Wie funktionieren die Mechanismen in der Praxis?

Diese Mechanismen sollen Sicherheitsexperten aller Seiten einen regelmäßigen Informationsaustausch auf Arbeitsebene ermöglichen. Am 23. April fand das erste Treffen im Rahmen des Mechanismus für georgisch-ossetische Fragen in einem Zelt im Dorf Ergneti zwischen den Kontrollposten der beiden Seiten statt. Zum ersten Mal seit dem Konflikt vom August kamen dabei Georgier mit offiziellen Vertretern Südossetiens vor Ort zusammen. Die Beobachtermission der EU (EUMM) und die OSZE fungierten als Vermittler. Im Zentrum standen vorwiegend Verfahrensfragen, aber immerhin führten die Seiten ein

Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen: Mehr Sicherheit im Leben der Bürger

Im Februar 2009 wurde in der vierten Runde der Genfer Gespräche vereinbart, auf Arbeitsebene Mechanismen zur Behandlung von Sicherheitsvorfällen in der Region einzurichten, die insbesondere der nahe der Verwaltungsgrenze lebenden Zivilbevölkerung zugutekommen sollen. Der einvernehmlich beschlossene Vorschlag sah regelmäßige Treffen zwischen Vertretern von „Einrichtungen, die für die Sicherheit und öffentliche Ordnung in den betreffenden Gebieten verantwortlich sind,“ und internationalen Organisationen vor. Auch die Einrichtung einer 24-Stunden-Hotline wurde vorgeschlagen.

Die Mechanismen sollen gewährleisten, dass alle Seiten rasch und angemessen auf Fragen im Zusammenhang mit Zwischenfällen und deren Untersuchung, dem Schutz lebenswichtiger Einrichtungen und Infrastruktur, kriminellen Aktivitäten und humanitärer Hilfeleistung und auf alle anderen stabilitäts- und sicherheitsbezogenen Fragen reagieren. Besondere Bedeutung kommt der Verhinderung von Zwischenfällen und dem Umgang mit Zwischenfällen zu. Ebenfalls vorgesehen ist die Möglichkeit gemeinsam abgesprochener Besuche am Schauplatz eines Zwischenfalls.

Bis Anfang Juni fanden zwei Treffen im Rahmen des Mechanismus für georgisch-ossetische Fragen statt – am 23. April und 29. Mai. Im Rahmen des Mechanismus für georgisch-abchasische Fragen kam es bisher zu keinem Treffen.

dreistündiges Gespräch und bekannten sich zur Stärkung der Sicherheit in der Region.

Das zweite Treffen fand am 29. Mai im Dorf Dwani im Bezirk Kareli statt, wieder in einem Zelt zwischen den Kontrollposten der beiden Seiten. Diesmal war das Ergebnis greifbarer: Die Teilnehmer tauschten sich vier Stunden über reale Fragen des täglichen Leben der Dorfbewohner aus, etwa den freien und sicheren Zugang der Menschen von diesseits und jenseits der Verwaltungsgrenze zu ihren Feldern unweit und beiderseits der Grenze sowie zu Friedhöfen und Gotteshäusern. Die Seiten tauschten Informationen über Vermisste und Gefangene aus. Auch die Gaszufuhr nach Achalgori und die

Genfer Gespräche: Mehr Sicherheit und Stabilität in der Region

Nach dem Konflikt in Georgien und im Einklang mit den Abkommen vom 12. August und 8. September 2008 begannen am 15. Oktober die Genfer Gespräche als Plattform zur Erörterung praktischer und konkreter Fragen, die zur Schaffung der Grundlagen für dauerhafte Sicherheit und Stabilität in der Region beitragen soll. Bei den Gesprächen führen die Vereinten Nationen, die OSZE und die Europäische Union gemeinsam den Vorsitz. Teilnehmer sind Georgien, die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten von Amerika sowie Vertreter Abchasiens und Südossetiens.

Die Gespräche laufen parallel in zwei Gruppen, deren Themen – Sicherheit und Stabilität in der Region sowie Binnenvertriebene und Flüchtlinge – zusammenhängen. 2008 fanden drei Treffen statt: am 15. Oktober, am 18. und 19. November und am 17. und 18. Dezember. Dieses Jahr gab es bisher zwei Treffen: am 17. und 18. Februar und am 18. und 19. Mai. Die sechste Gesprächsrunde ist für 1. Juli geplant.

Stromabschaltungen in Achalgori und Zchinwali kamen zur Sprache.

Beim nächsten Treffen im Rahmen dieses Mechanismus werden die Teilnehmer all diese wesentlichen Fragen weiter erörtern.

Der Mechanismus für georgisch-abchasische Fragen muss erst einberufen werden. Wir hoffen, dass dies bald der Fall sein wird.

Natürlich muss noch viel geschehen, um das Misstrauen zu überwinden und zu gewährleisten, dass diese Mechanismen wirklich etwas zum Abbau von Spannungen beitragen. Wiederholte Zwischenfälle vor Ort, wie die Anhaltung unbewaffneter OSZE-Beobachter am 21. April, zeigen, dass die Parteien nicht auf diesen Kommunikationsweg verzichten können. Ich glaube, alle sind sich einig, dass praktische und realistische Maßnahmen die Situation verbessern können, insbesondere für die in der Nähe der Verwaltungsgrenze lebenden Menschen, deren Lage nach wie vor unsicher ist.

Der griechische Vorsitz ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass die Mechanismen erst dann voll funktionsfähig und wirksam sein werden, wenn diesseits und jenseits der Verwaltungsgrenze OSZE-Militärbeobachter stationiert sind, die Zwischenfälle auf beiden Seiten beobachten und darüber berichten. Das ist natürlich mit der umfassenderen Frage der OSZE-Präsenz in der Region verknüpft.

Ende 2008 konnten sich die Teilnehmerstaaten nicht auf eine Verlängerung des Mandats für die OSZE-Mission in Georgien einigen, und im Mai setzte der griechische Vorsitz die Verhandlungen über den Fortbestand der OSZE-Präsenz aus. Wie beurteilen Sie die Entwicklungen?

Lassen Sie mich die bisherigen Bemühungen der OSZE schildern. Am 1. Januar, als Griechenland den Vorsitz antrat, befand sich die OSZE-Mission in Georgien im Stadium der technischen Schließung. Die Amtierende Vorsitzende der OSZE, Außenministerin Dora Bakoyannis, und ich reisten am 21. Januar nach Moskau und am 23. März nach Tiflis, um deutlich zu

machen, dass wir diese unglückliche Wendung nicht so einfach hinnehmen. Ich beriet mich auch eingehend mit der Führung der Russischen Föderation und Georgiens und mit Südossetien.

Ermutigend war für uns, dass die Teilnehmerstaaten im Februar vereinbarten, das Mandat der unbewaffneten OSZE-Militärbeobachter in Georgien bis Ende Juni zu verlängern. Wir hofften, ausgehend von diesem Konsens eine Art prinzipiellen Kompromiss für die Beibehaltung einer sinnvollen Präsenz in der Region zu finden.

Trotz der großen Bemühungen des Vorsitzes, der mit den wichtigsten Parteien intensive, heikle und schwierige Konsultationen führte, mussten die Verhandlungen am 14. Mai ausgesetzt werden. Der Vorschlag des Vorsitzes vom 8. Mai – auf der Basis einer „statusneutralen“ Formel, die der OSZE die Fortsetzung ihrer wichtigen Arbeit ermöglichen sollte – stieß bei der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmerstaaten auf Zustimmung und ist noch nicht vom Tisch.

Es sei daran erinnert, warum der griechische Vorsitz von allem Anfang an immer den Standpunkt vertrat, dass wir *mehr*, und nicht weniger OSZE-Präsenz in der Region brauchen, und warum wir von dieser Überzeugung nicht abrücken: Tausende Menschen waren vom Konflikt im August 2008 unmittelbar betroffen, und es gibt so viel, was eine Organisation wie die OSZE – mit ihrer unvergleichlichen Erfahrung vor Ort – tun kann, um Hilfe zu leisten und das Vertrauen wiederherzustellen. Und, wie Ministerin Bakoyannis immer wieder betont, ist es auch ganz wichtig, dass die OSZE ihre 1992 begonnenen Bemühungen um den Aufbau demokratischer Institutionen, den Schutz der Menschenrechte, die Integration der Minderheiten und die Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der Region fortsetzen darf.

Es ist schwierig, eine gemeinsame Basis zu finden und die bestehenden schwerwiegenden Differenzen zu überwinden, wir hoffen jedoch nach wie vor, dass es uns gelingen wird, einen Konsens herbeizuführen.



Charalampos Christopoulos, Sonderbeauftragter des griechischen OSZE-Vorsitzes für Langzeitkonflikte, kann auf fast vier Jahrzehnte im Dienste des griechischen Außenministeriums zurückblicken. Vor seiner Ernennung durch den Vorsitz war er Botschafter seines Landes in Malaysia, Brunei Darussalam und Timor-Leste (2007) und in Indonesien (2006). Er war auch Leiter der diplomatischen Vertretung seines Landes in Nigeria (1995) und Slowenien (1998). 2005 leitete er im griechischen Außenministerium die für die OSZE und den Europarat zuständige Abteilung. Zu Beginn der 1990er Jahre war er Stellvertreter des Ständigen Vertreters Griechenlands bei der NATO. Botschafter Christopoulos ist Absolvent der Juridischen Fakultät der Universität Athen im Fach Politik- und Wirtschaftswissenschaften.

Ein Vorzeigeprojekt geht an den Start

Die Vision: Die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC) mit Sitz in Tadschikistan ist als zentrale Institution gedacht, an der Wissen über internationale Standards und bewährte Praktiken des Grenzmanagements in all seinen Aspekten – von der Methodik bis zur Technik – vermittelt wird. Mit dem Standort Duschanbe soll sie auch als Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch in Zentralasien und darüber hinaus dienen.

Der Kontext: Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale Migration und illegaler Handel mit Waffen, Drogen und Menschen kennen keine Grenzen. Sie stellen für alle 56 Teilnehmerstaaten der OSZE und ihre elf Kooperationspartner eine große Bedrohung dar, behindern den legalen Personen- und Warenverkehr und berühren alle Tätigkeitsbereiche der Organisation.

Ziel der Stabsakademie für Grenzmanagement ist es, sich diesem komplexen Spektrum von Herausforderungen durch verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern im Sinne des OSZE-Konzepts für Grenzsicherung und -management zu stellen.

Finanzierung, Stand 15. Juni 2009: Belgien, Deutschland, Finnland, Griechenland und Norwegen (Einige andere Teilnehmerstaaten haben großes Interesse an der Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Unterstützung bekundet.)

DIE DREI KOMPONENTEN

Der Stabslehrgang

Führungskräften und dafür infrage kommenden Personen von Grenzbehörden (Grenzpolizei und Zoll) der OSZE-Teilnehmerstaaten und der Kooperationspartner – einschließlich Afghanistans als Nachbar in Zentralasien, dem im Hinblick auf die Sicherheit und Stabilität der Region eine Schlüsselrolle zukommt – sollen

bis zu vier Stabslehrgänge pro Jahr angeboten werden. Die Anzahl der Teilnehmer ist auf 25 pro Lehrgang beschränkt.

Ein akademischer Beirat, dem der Rektor der Akademie, der Erste Berater für Grenzfragen im OSZE-Sekretariat und Vertreter von Partnerinstitutionen angehören, soll gewährleisten, dass höchste Standards zur Anwendung kommen. Der Beirat wird den Lehrgangsleiter hinsichtlich des Basislehrplans beraten, bei der Suche nach Fachreferenten behilflich sein und Unterrichtsmaterial beisteuern. Internationale Organisationen und Fachausbildungseinrichtungen sollen im Hinblick auf die Professionalität und Sichtbarkeit der Akademie als Partner gewonnen werden.

Das Forschungs- und Entwicklungszentrum

Als Teil der Akademie wird das Zentrum ein Netzwerk und Verbindungen mit anderen Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen für Grenzmanagement im OSZE-Raum herstellen. Der Schwerpunkt der Forschungstätigkeit (und auch der Ausbildung) wird – neben Bedrohungen im Bereich des Grenzmanagements wie Terrorismus und organisierte Kriminalität – auf dem freien und sicheren Personenverkehr, Grenzübergangsverfahren, Handelserleichterungen, der Zusammenarbeit bei Naturkatastrophen und schweren Zwischenfällen und der Verkehrssicherheit liegen. Dem im Grenzmanagement tätigen Personal wird eine Hand- und Studienbibliothek zur Verfügung stehen.

Das Öffentlichkeitsprogramm

Workshops und Seminare in Zentralasien werden durch einen Informations- und Erfahrungsaustausch und durch die Identifizierung und Entwicklung bewährter Praktiken den grenzüberschreitenden Dialog und die zwischenbehördliche Zusammenarbeit fördern und unterstützen.

Einschlägige OSZE-Programme in der Region

Tadschikistan

Unterstützung bei der Entwicklung einer nationalen Grenzstrategie

Zollunterstützung in Murgab, Autonomes Gebiet Gorno-Badachschan

Ausbildung afghanischer Polizeibeamter zu Ausbildnern in Fragen der Drogenbekämpfung

Ausbildung von Ausbildnern des Innenministeriums in Fragen der Drogenbekämpfung

Ausbildung der tadschikischen Grenzpolizei in Fragen des Streifen- und Überwachungsdienstes

Bischkek, Kirgisistan

Aufbau einer Ausbildungsstätte für den Zolldienst

Turkmenistan

Unterstützung für Grenzpolizei und Zoll durch einsatzmäßige Ausbildung und Bereitstellung von Ausrüstung



Eröffnungszereemonie, Duschanbe, 27. Mai 2009

„Die Gründung der Stabsakademie für Grenzmanagement ist Ausdruck unserer positiven Beziehung zur OSZE. Wir werden uns nach Kräften bemühen, diese Zusammenarbeit weiter zu stärken.“

– Der tadschikische Außenminister Hamrochon Sarifi

„Die Akademie ist eine einzigartige Einrichtung, der eine strategische Rolle bei der Förderung internationaler Standards in allen Aspekten des Grenzmanagements zukommt. Wir sind davon überzeugt, dass sie sich zu einer bewährten, lebendigen Institution entwickeln wird.“

– Botschafterin Mara Marinaki, Vorsitzende des Ständigen Rates, im Namen des griechischen OSZE-Vorsitzes

Duschanbe, 27. Mai: Botschafter und Leiter von OSZE-Delegationen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Kanada, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, der Russischen Föderation, Schweden, Spanien und den Vereinigten Staaten waren unter den Gästen bei der Eröffnung der Stabsakademie für Grenzmanagement. Gastgeber der Veranstaltung war Botschafter Wladimir Prjachin, Leiter des OSZE-Büros in Tadschikistan.



OSZE/GENNADI PATUSHENKO

Ein vielversprechendes Kompetenzzentrum

„Die Stabsakademie für Grenzmanagement soll ein Kompetenzzentrum sein, das die Errungenschaften der OSZE aufgreift und regionale Bedürfnisse auf innovative Weise befriedigt“, sagte OSZE-Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut am 28. Mai vor den Teilnehmerstaaten. „Unser aufrichtiger Dank gilt jenen, die das Startkapital zur Verfügung gestellt und dadurch die Gründung der Akademie ermöglicht haben. Ich freue mich, dass weitere Beiträge zugesagt wurden, und hoffe, dass diese Dynamik erhalten bleibt, damit der reibungslose Betrieb der Akademie gewährleistet ist. Wir möchten auch dem Gastgeber der Akademie, der Regierung der Republik Tadschikistan, danken. Ihr Wunsch nach Schaffung dieser Institution ist nun in Erfüllung gegangen.“

Schon zuvor hatten sich mehrere Teilnehmerstaaten lobend über die Umsetzung des dahinterstehenden Konzepts geäußert, als Generalmajor Kassym Gafarow, Erster Stellvertretender Leiter des tadschikischen Staatskomitees für nationale Sicherheit, den Ständigen Rat über die von der OSZE unterstützte Nationale Strategie für Grenzsicherheit und -management seines Landes und den dazugehörigen, von ihm koordinierten Umsetzungsplan unterrichtete. Es folgen Auszüge aus den Wortmeldungen einiger Teilnehmerstaaten vom 14. Mai:

„Wir sind davon beeindruckt, wie umfassend in der Strategie an die Sicherung der Grenzen Tadschikistans, in erster Linie seiner Grenze zu Afghanistan, herangegangen wird. Wir gehen davon aus, dass die OSZE einen nützlichen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit in Zentralasien leistet. Die Eröffnung der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement ist ein wichtiger Schritt. Der Lehrplan sieht Lehrgänge und Vorlesungen vor, für die Experten aus vielen internationalen Fachorganisationen und wichtigen nationalen Sicherheitsinstitutionen gewonnen werden sollen. Wir haben das Sekretariat bereits informiert, dass die zuständigen russischen Behörden ebenfalls bereit sind, sich daran zu beteiligen.“ Die Delegation der Russischen Föderation

„Norwegen ist nach wie vor ein großer Befürworter der Bemühungen um Unterstützung Tadschikistans bei der Stärkung der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements. Die Unterstützung der Bemühungen der

zentralasiatischen Teilnehmerstaaten um Stärkung des Grenzmanagements und der Grenzsicherheit und die Umsetzung des Ministerratsbeschlusses über das Engagement der OSZE für Afghanistan sind Bereiche, in denen die OSZE durch ihre Hilfestellung Wesentliches zu den Bemühungen anderer internationaler Akteure beitragen kann. Die Delegation Norwegens

„Grenzsicherheit wird zu einer immer wichtigeren Komponente des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE, und Tadschikistan ebnet den Weg für ein Engagement der OSZE in der Region. Wir hoffen, dass die vor Kurzem fertiggestellte Nationale Strategie für Grenzsicherheit und -management anderen Teilnehmerstaaten als nachahmenswertes Beispiel dienen wird. Die Vereinigten Staaten sehen in Tadschikistan einen Staat, der zur regionalen Stabilität beiträgt, und einen wichtigen Partner bei der Bewältigung der Herausforderungen entlang der afghanischen Grenze. Die Bemühungen Tadschikistans, afghanische Beamte in seine verschiedenen Ausbildungsprojekte einzubeziehen, unter anderem auch an der Stabsakademie für Grenzmanagement, sind ein vielversprechender Ansatz.“ Die Delegation der Vereinigten Staaten

„Kasachstan begrüßt die Gründung der Stabsakademie für Grenzmanagement und ist bereit, dazu Beiträge zu leisten. Leider ist Zentralasien eine unruhige Gegend. Die Staaten in der Region leiden unter dem illegalen Drogenhandel und über ihre Territorien verlaufen Transitrouten für den Drogentransport. Der Kampf gegen den Drogenschmuggel und gegen die von terroristischen Gruppen ausgehende Bedrohung ist eine große Belastung für unsere staatlichen Ressourcen. Hilfe vonseiten der OSZE ist uns daher sehr willkommen. Wir sehen schon heute, wie konstruktiv und ergebnisorientiert diese Art von Unterstützung sein kann.“ Die Delegation Kasachstans



INTERVIEW MIT JAMILA SEFTAOUÏ

“Gender mainstreaming”

Fuß fassen in Strategie und Praxis der OSZE

Ohne Gleichstellung der Geschlechter wird die OSZE ihrem Sicherheitsmandat nicht gerecht, da ohne die Einbindung, Teilhabe und Aufwertung der Frauen keine Stabilität und nachhaltige Entwicklung möglich ist, erläutert Jamila Seftaoui, Erste Beraterin für Genderfragen im Büro des Generalsekretärs der OSZE. Im Rahmen der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GTZ und des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen konnte die Deutsche, deren Wurzeln im Mittelmeerraum liegen, als Expertin für Genderfragen und Gesundheitswesen umfangreiche Erfahrungen als Projektleiterin in mehreren afrikanischen, asiatischen und europäischen Ländern sammeln. Patricia Sutter, Redakteurin des OSZE-Magazins, führte vor Kurzem das folgende Gespräch mit Frau Seftaoui, bei dem es um die Frage ging, wie die Abteilung Genderfragen die Herausforderungen bewältigt, die Gender als Querschnittsaufgabe in allen Dimensionen der Arbeit der Organisation bedeutet.

Patricia Sutter: Alljährlich gibt der Generalsekretär einen Bewertungsbericht über die Umsetzung des OSZE-Aktionsplans 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern heraus. Welche Rolle spielt diese umfassende Überprüfung für ihre Arbeit?

Jamila Seftaoui: Der Bewertungsbericht des Generalsekretärs ist ein wichtiges Instrument im Hinblick auf Monitoring und Berichterstattung. Alle Teile der OSZE leisten dazu einen Beitrag, damit die Teilnehmerstaaten sich ein genaues Bild davon machen können, welche Fortschritte

die Organisation und ihre einzelnen Organe bei der Umsetzung der Prioritäten des Aktionsplans gemacht haben.

Die kritische Bewertung des Berichts wird im Ständigen Rat diskutiert, und das Ergebnis dieser Aussprache dient der Abteilung Genderfragen und der übrigen OSZE als Leitfaden für das darauffolgende Jahr. Der Bericht liefert gewissermaßen die Grundlage, von der ausgehend der Dialog, das Monitoring und die Aufteilung der Aufgaben zwischen der Abteilung Genderfragen und den Feldoperationen, den Dienststellen des Sekretariats und den OSZE-Institutionen, wie dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, erfolgen.

Natürlich steckt der Aktionsplan auch den Rahmen für alle unsere Aktivitäten ab. Um es kurz zu fassen: Das Mandat der Abteilung Genderfragen lautet, die Organisation und die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung dieses Planes in die Realität zu unterstützen. Dieser Verpflichtung werden wir dann am besten gerecht, wenn wir alle Bereiche einbeziehen.

Wie geht ein kleines Team mit begrenzten Ressourcen an diese Riesenaufgabe heran, in der größten regio-

nenalen Sicherheitsorganisation der Welt eine wirklich genderbewusste Organisationskultur zu fördern?

Man könnte sagen, unser Leitspruch lautet: „Mit weniger Mitteln mehr erreichen“. Als ich im November 2007 zur OSZE stieß, machten meine Mitarbeiter und ich uns daran, strategisch und kostenbewusst zu denken und uns präzise Ziele zu setzen. Uns ging es zuallererst einmal darum, uns bei Überlegungen zu Genderfragen nicht darauf zu beschränken, nur die Anzahl der Frauen und Männer in den einzelnen Dienststellen zu erheben, sondern unser Blickfeld zu erweitern.

Dann entschieden wir uns dafür, unser Programm um einige konkrete Themen herum neu zu formulieren und uns zum Beispiel mit der Rolle von Gender in den Bereichen Migration, Polizeiarbeit, Umwelt und Gewalt zu befassen. Uns war klar, dass von allein drei OSZE-Dimensionen die dritte – die menschliche Dimension – diejenige war, auf die sich die Genderaktivitäten weitgehend konzentrierten, in erster Linie im Bereich Frauenrechte. Daher beschlossen wir, in jenen Bereichen, in denen man sich bisher am wenigsten mit der Genderproblematik auseinandergesetzt hatte, unseren themenbezogenen Ansatz einzubringen. Das waren der politisch-militärische und der Wirtschafts- und Umweltbereich – also die erste und zweite Dimension der Sicherheit –, die damit ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit rückten.

Wir gaben auch jenen Aktivitäten Vorrang, von denen wir meinen, dass sie leicht an anderer Stelle übernommen oder angepasst werden können, und von denen zu erwarten ist, dass sie als Katalysator fungieren können. Wir wollten wegkommen von den Einzelinitiativen mit geringer Wirkung. Und schließlich, als wir erkannten, dass die Erhebung nachahmenswerter Verfahren, die sich in verschiedenen Teilen der Welt bereits praktisch bewährt haben, ein Betätigungsfeld eröffnet, machten wir es uns zunutze, um die Dokumentation und einen Informationsaustausch über diese Methoden zu erleichtern, und überlegten uns, welche Zielgruppen davon am meisten profitieren würden.

Können Sie uns einige der Resultate nennen, die dieser Ansatz bereits erbracht hat?

Es war ein Ansporn zu sehen, dass viele Feldoperationen, Dienststellen des Sekretariats und Institutionen der OSZE heute besser dafür ausgestattet sind, sich ihre Kernaktivitäten unter einem geschlechterbezogenen Blickwinkel anzusehen. Grenzmanagement, Terrorismusbekämpfung und Polizeiarbeit sind nur einige der Bereiche, die jetzt mit einer Gender-

bedarfsabschätzung beginnen; diese Bedarfsabschätzung ist der erste Schritt im *Gender Mainstreaming*. Wir haben unseren Kollegen Beratung und ein Instrumentarium zur Verfügung gestellt, und einige Dienststellen haben inzwischen eigene Aktionspläne und Indikatoren, mit deren Hilfe sie die Fortschritte selbständig verfolgen können.

Wir haben auch *Community Policing* als einen Bereich erkannt, in dem wir sichtbare Ergebnisse erzielen können. Die Polizei kann genderbewusster werden, indem man mehr weibliche Polizisten für die Polizeikräfte rekrutiert. Uns ist natürlich allen klar, dass dieses Ziel in vielen Ländern nicht über Nacht zu erreichen ist, das heißt jedoch keineswegs, dass sie nicht parallel dazu andere Maßnahmen ergreifen können, die sich fast sofort positiv auswirken. So hat z. B. das OSZE-Büro in Baku festgestellt (siehe Artikel Seite 14), dass eine einfache Genderbedarfsanalyse, die sich die konkreten Bedrohungen für die Sicherheit von Frauen und Männern ansieht und eine Interaktion mit Frauen ermöglicht, sich in einer deutlichen Verbesserung des Arbeitsverständnisses von Polizisten niederschlägt.

Als Beispiel für ein relativ kleines Projekt mit potenziell großer Wirkung möchte ich das Projekt erwähnen, das zu unserer neuen Publikation führte, in der bewährte Methoden zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorgestellt werden. Schon jetzt zeichnet sich großes Interesse der Fachleute aus der Praxis dafür ab. Das beweist die Sinnhaftigkeit einer Zusammenführung der weltweit vorhandenen Erfahrungen und einer Weitergabe dieser Lehren an jene Teile der OSZE-Region, die erst jetzt beginnen, sich mit dem Phänomen der Gewalt gegen Frauen auseinanderzusetzen.

Weshalb macht eine Sicherheitsorganisation wie die OSZE das Thema Gewalt gegen Frauen zu ihrem Anliegen?

Lassen Sie mich eine Gegenfrage stellen: Wie kann eine Organisation, deren Mitglieder sich einstimmig und feierlich dazu verpflichtet haben, für die Gleichstellung von Frauen und Männern und für die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen einzutreten, ihrer Verpflichtung untreu werden, wenn sich seit fünf Jahren an diesem empörenden Verstoß gegen die Menschenrechte kaum etwas – vielleicht sogar überhaupt nichts – geändert hat?

Lassen Sie es mich ganz unmissverständlich formulieren: Wir sollten uns niemals der Auffassung anschließen, dass häusliche Gewalt etwas ist, was die Opfer privat ausmachen sollten, noch sollten wir diese Aufgabe auf humanitäre

Wien, 8. Juni. Anlaufstellen für Genderfragen kommt eine verantwortungsvolle Aufgabe bei der Förderung der Gleichstellungsagenda vor Ort, in den OSZE-Institutionen und im Sekretariat zu.



www.osce.org/gender
equality@osze.org

Organisationen abwälzen. Gewalt gegen Frauen ist nichts Naturgegebenes. Sie ist der handfeste Ausdruck einer historisch festgeschriebenen Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. Mit ihrer Verpflichtung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen – ob sie von Staaten oder Einzelpersonen, in Kriegszeiten oder in Friedenszeiten ausgeübt wird – haben die Teilnehmerstaaten unmissverständlich ihre Bereitschaft bekundet, sich zusammenzutun, die Ärmel hochzukrempeln und sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen, das in vielen Gesellschaften im OSZE-Raum einen Hemmschuh für Stabilität und Wohlstand darstellt.

Anfang April lud Sie die französische Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) als Gastrednerin zum Thema Gender und Sicherheit ein. Was bedeutete diese Einladung?

Ich wurde damals eigens eingeladen, um über einen Runden Tisch über die Vorteile der Einbindung von Frauen in Friedensprozesse und militärische und Sicherheitsangelegenheiten zu berichten, den die Abteilung Genderfragen im März 2009 veranstaltet hatte. Ich empfand es als ermutigendes Signal, da es überhaupt das erste Mal war, dass die Erste Beraterin für Genderfragen vor diesem Gremium sprach. Als konkretes Ergebnis kann man die Bereitschaft des derzeitigen und des kommenden FSK-Vorsitzes werten, auch in Zukunft Sitzungen abhalten zu wollen, bei denen der Zusammenhang zwischen Gender- und Sicherheitsfragen erörtert werden soll.

In der Folge kamen Anfragen von mehreren Delegationen, was sie für die Förderung der Gleichstellungsagenda tun können. Ich erläuterte ihnen, dass es dafür verschiedene Möglichkeiten gäbe: Erstens anzuerkennen, dass es im Zusammenhang mit der Sicherheit der Zivilbevölkerung und der Gemeinschaft keine sogenannten „harten“ und „weichen“ Themen gibt; zweitens bei den Diskussionen und Entscheidungsprozessen im FSK Genderaspekte einfließen zu lassen, unabhängig davon, ob es dabei um Rüstungskontrolle, Militärreformen, Minenräumung oder die Beseitigung gefährlicher Substanzen geht; und drittens gibt es die Möglichkeit, uns als Experten zurate zu ziehen, wann immer sie Orientierungshilfe bei ihren Bemühungen zur Erfüllung der genderbezogenen Verpflichtungen benötigen.

Welche anderen Pionierleistungen würden Sie gerne noch zustandebringen, wenn es nach Ihnen ginge?

Das wäre eine lange Liste! Wenn ich aber einen Punkt herausgreifen müsste, dann würde ich mir wünschen, dass einige OSZE-Werte, deretwegen ich in erster Linie zur Organisation kam, auch Eingang in ihr Genderprofil finden. Ich denke hier vor allem an das krasse Missverhältnis zwischen dem Männer- und dem Frauenanteil unter denjenigen, die die Programme bestimmen und die Weichen für die Zukunft der OSZE stellen.

Derzeit sind gerade einmal 19 Prozent der höheren Führungspositionen in der Hand von Frauen. Das wird den hochfliegenden Werten, für die wir stehen, wie Nichtausgrenzung und demokratische Verwaltung, nicht gerecht.

Alle diejenigen, die in der OSZE und in den Teilnehmerstaaten mit der Besetzung von Posten oder der Nominierung von Bewerbern zu tun haben, sollten mehr für die Anhebung des Frauenanteils auf der Führungsebene tun. Im Hinblick darauf kommt den Teilnehmerstaaten eine zentrale Rolle zu. In ihrem Auftrag sollten der Generalsekretär und die mit der Personaleinstellung befassten Dienststellen dafür sorgen, dass bei der Besetzung leitender Positionen weder der Frauen- noch der Männeranteil mehr als sieben Prozent beträgt. Die Teilnehmerstaaten sollten sich diese Zielsetzung auch zu eigen machen, wann immer sie nationale Kandidaten für durch Entsendung zu besetzende Führungspositionen nominieren.

Es geht hier keineswegs darum, dass bei einer Bewerbung eine Frau automatisch einem besser qualifizierten Mann vorgezogen werden soll oder dass man bei der Qualität Abstriche macht. Es geht vielmehr darum, das Reservoir an qualifizierten Bewerberinnen zu vergrößern, damit wir ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis zustandebringen.

Wenn wir schon von einem ausgewogenen Verhältnis der Geschlechter sprechen, so fällt mir ein, dass der Generalsekretär in seinem jüngsten Bewertungsbericht zum Aktionsplan empfahl, verstärkt Männer in die Genderarbeit einzubinden. Als Koordinatorin des OSZE-weit aus rund vierzig Genderanlaufstellen bestehenden Netzes frage ich Sie, ob es von dieser Seite etwas Neues gibt?

Es ist ganz wichtig, dass Genderfragen nicht mit „Frauenfragen“ gleichgesetzt werden, für die ausschließlich Frauen zuständig sind. Ich kann mitteilen, dass diese Empfehlung schon konkrete erste Früchte trägt: Es gibt bereits mehr Männer, die als Anlaufstelle für Genderfragen fungieren.

Das Genderteam ist auch darum bemüht, dafür zu sorgen, dass die Anlaufstellen zu einer positiveren Sichtweise in Bezug auf die potenzielle Rolle der Männer als Verfechter der Gleichstellung von Frauen und Männern finden. In diesem Jahr haben wir unser Treffen der Anlaufstellen im Juni gleichzeitig mit einem Symposium über Gewalt gegen Frauen angesetzt. Einer unserer Referenten war Todd Minerson, der an der Spitze der höchst erfolgreichen White-Ribbon-Kampagne steht – bei der Männer gegen die Gewalt von Männern gegen Frauen auftreten –, wodurch die Anlaufstellen Gelegenheit zu einem direkten Meinungsaustausch mit ihm erhielten.

Gender matters in the OSCE ist ein umfassendes CD-Toolkit, das kurz gefasstes und benutzerfreundliches Präsentationsmaterial zu grundlegenden Genderkonzepten enthält und die Methoden für Gender Mainstreaming anhand praktischer Beispiele illustriert.

Die CD ist als Hilfsmittel für Mitarbeiter und Führungskräfte der OSZE gedacht, damit diese im Rahmen der gesamten Umsetzung von Aktivitäten in

allen Dimensionen der umfassenden Sicherheit wirksamer auf die Bedürfnisse von Frauen und Männern eingehen können. Sie besteht aus fünf Einzelteilen:

- Einführung in Genderfragen und Definitionen
- Gender Mainstreaming
- Gender in der OSZE
- Gender und Arbeit
- Ressourcen

In Videospots äußern sich Vertreter der Teilnehmerstaaten und Amtsträger der OSZE zu verschiedenen Aspekten der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. Ausarbeitung: Abteilung Genderfragen der OSZE





Belgrad, Oktober 2006. Oberst Sarina Petrowna Waschurina vom russischen Verteidigungsministerium bei einem Seminar, das sich mit der Rolle von Frauen in der Armee beschäftigte. Auf der Veranstaltung, die von der OSZE-Mission in Serbien gemeinsam mit dem serbischen Verteidigungsministerium organisiert wurde, waren Erfahrungsberichte aus Frankreich, Rumänien, der Russischen Föderation, Serbien, Slowenien, Ungarn und dem Vereinigten Königreich zu hören. Oberst Waschurina gehört der militärischen Verbindungsmission der NATO in Moskau an.

OSZEMILAN OBRADOVIC

Friedenseinsätze und Gender

Ohne die vollständige Einbindung von Frauen geht es nicht

VON DONALD STEINBERG

Immer wieder ist das Argument zu hören, dass Frauen und Frauenfragen deshalb bei der Konfliktlösung und Einsätzen zur Herstellung von Stabilität nach einem Konflikt Vorrang haben sollten, weil Frauen die Hauptopfer von Konflikten sind, mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen und naturgemäß friedlicher, gemeinschaftsbewusster und weniger korrupt als Männer sind. Für mich ist allerdings die Effektivität ausschlaggebend: Vereinfachend gesagt ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass Friedensprozesse und Friedenskonsolidierung funktionieren, dass sie Rückhalt in der Zivilgesellschaft finden und sich auch an kritische Fragen heranwagen, wenn Frauen vollständig in die Planung und Umsetzung eingebunden sind und auch davon profitieren.

1994 war ich als Bill Clintons Berater für Afrika in die Verhandlungen eingebunden, die einem zwanzigjährigen Bürgerkrieg in Angola ein Ende machen sollten, der eine halbe Million Menschen das Leben gekostet hatte. Bei der Unterzeichnung des Lusaka-Protokolls rühmte ich mich der Tatsache, dass keine einzige Bestimmung des Abkommens Frauen diskriminiere. „Das Abkommen ist geschlechtsneutral“, sagte ich in einer Rede.

Im Anschluss daran ernannte mich Bill Clinton zum Botschafter der Vereinigten Staaten in Angola und schickte mich in die Gemeinsame Kommission zur Umsetzung des Friedensvertrags. Nach meiner Ankunft in Luanda vergingen nur ein paar Wochen, bis mir dämmerte, dass ein „geschlechtsneutrales“ Friedensabkommen per definitionem Frauen benachteiligt und damit von vornherein geringere Erfolgsaussichten hat.

Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache:

Laut Abkommen war keine Teilnahme von Frauen an der Gemeinsamen Kommission vorgesehen. Und so kamen bei jedem Treffen dieses Gremiums vierzig Männer zusammen, ohne dass eine einzige Frau mit am Tisch saß. Dieses Ungleichgewicht war dafür verantwortlich, dass Frauen sich zu den „harten“ Themen

Krieg und Frieden nicht äußern durften, was bedeutete, dass Themen wie Binnenvertreibung, sexuelle Gewalt, Menschenhandel, Übergriffe durch Sicherheitskräfte der Regierung und der Rebellen und Wiederaufbau einer medizinischen Versorgung für Mütter und von Bildungseinrichtungen für Mädchen generell unter den Tisch fielen.

Das Friedensabkommen beruhte auf 13 Einzelamnestien, mit denen die Parteien für die Gräueltaten begnadigt wurden, die sie während des Konflikts begangen hatten. Es gab sogar eine Amnestie für Straftaten, die noch ein halbes Jahr nachher begangen wurden. In Anbetracht des großen Ausmaßes sexuellen Missbrauchs während des Konflikts, bei dem Vergewaltigungen auch als Kriegsmittel eingesetzt wurden, bedeuteten diese Amnestien also nichts anderes, als dass mit Gewehren bewaffnete Männer andere Männer mit Gewehren von ihren an Frauen begangenen Verbrechen freisprachen. Diese Amnestien waren auch dafür verantwortlich, dass unsere Bemühungen um den Wiederaufbau des Justiz- und des Sicherheitssektors von Anfang an von einem gewissen Zynismus begleitet waren.

Als wir die Programme für die Demobilisierung ehemaliger Kombattanten aufnahmen, galt nach unserer Definition jeder, der ein Gewehr abgab, als ehemaliger Kombattant. Die Tausenden Frauen, die entführt oder gezwungen wurden, sich den Truppen (zumeist der Rebellen) anzuschließen, waren davon größtenteils ausgeschlossen, da die meisten von ihnen als Köchinnen, Botinnen, Trägerinnen und sogar als Sexsklavinnen arbeiten mussten.

Die als ehemalige Kombattanten eingestuft Männer erhielten Geld und Unterstützung bei der Demobilisierung, wurden jedoch in eine Gemeinschaft entlassen, die während des jahrzehntelangen Konflikts gelernt hatte, ohne sie zurechtzukommen. Die Männer waren frustriert und machten sich in geradezu epidemischem Ausmaß durch Alkoholismus, Drogenmissbrauch, Vergewaltigungen und häusliche Gewalt Luft. Damit war das Ende des Bürgerkriegs sozusagen zum Auslöser für eine neue Phase der Gewalt gegen Frauen geworden.

Sogar so gut gemeinte Bemühungen wie die

Räumung der Landminen auf den Hauptverkehrswegen, durch die den vier Millionen Binnenvertriebenen die Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht werden sollte, erwiesen sich als Bumerang gegen die Frauen. Bevor man Felder, Brunnen und Wälder entminnte, nahm man sich erst die Straßen vor. Und so waren es die Frauen unter den Heimkehrern, die einer neuen Welle von Minenunfällen zum Opfer fielen, weil sie es waren, die die Felder bestellten, Wasser holten oder Brennholz sammelten.

Wir erkannten diese Probleme und reagierten darauf: Wir schickten Genderberater und Menschenrechtsexperten, richteten Programme für eine Gesundheitsversorgung von Müttern, Schulbildung für Mädchen, die Gründung von Kleinstunternehmen und die Unterstützung von Frauen-NROs ein und wir bestanden darauf, dass Frauen in die Planung und Umsetzung unserer Wiederaufbauprogramme eingebunden werden und in den Genuss der Programme kommen sollten.

Das reichte jedoch nicht aus und kam zu spät. In den Augen der Bevölkerung – und insbesondere der Frauen – diente der Friedensprozess letztlich den Interessen der kriegsführenden Parteien und nicht der Zivilgesellschaft. Als der Prozess 1998 ins Stocken geriet, gab es seitens der Öffentlichkeit wenig Druck auf die Führer, einen erneuten Ausbruch des Konflikts zu verhindern. Das Morden fand erst vier Jahre später mit dem Tod des UNITA-Führers Jonas Savimbi ein Ende.

Angola steht mit dieser Erfahrung keineswegs alleine da. In der ganzen Welt werden mutige und geschickte Frauen im Dienste der Friedenskonsolidierung durch rechtliche, kulturelle und traditionsbedingte Praktiken diskriminiert und sind den Feindseligkeiten der an der Macht befindlichen Männer ausgesetzt, die sich oft in der Androhung von Gewalt äußern.

Aus der Arbeit der OSZE in praktischen Einsätzen in Gegenden wie Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Kirgisistan kann man Wesentliches lernen. In diesen Gesellschaften haben Frauen – häufig mit Unterstützung der OSZE – die Anonymität ihrer jeweiligen örtlichen Gemeinschaft verlassen, um bei der Konfliktregelung, dem Schutz und der Förderung der Menschenrechte und der Bekämpfung von Gewalt in der Familie eine sichtbare Rolle zu übernehmen.

Zum Ersten konnten Frauen überall dort, wo der Frauenanteil bei Friedensverhandlungen und Friedenseinsätzen über eine bloße Feigenblattfunktion hinausging und die „kritische Masse“ von 20 bis 30 Prozent erreichte, bei der Befassung mit Gender- und anderen Fragen auf die Unterstützung ihrer Geschlechtsgenossinnen bauen.

Zum Zweiten waren zwar Frauenministerien die wichtigsten Partner der OSZE, doch waren Programme immer dort am wirksamsten, wo Gender sowohl in der Regierung als auch in der Zivilgesellschaft als Querschnittsaufgabe verstanden wird.

Drittens erwiesen sich OSZE-Programme zur Förderung der Bildung von Frauen und Mädchen als die im Hinblick auf eine Verbesserung der sozialen Indikatoren rentabelsten Investitionen, da sie der Produktivität in Landwirtschaft und Kleingewerbe zugutekamen und dadurch die Frauen dazu befähigten, selbst für ihre Rechte einzutreten, wodurch die örtlichen Gemeinschaften stabilisiert wurden.

Schließlich waren diejenigen OSZE-Programme für Reformen im Sicherheitsbereich am erfolgreichsten, die eine Aufnahme von Frauen in die staatlichen Sicherheitskräfte vorsahen und dadurch die Polizeiarbeit geschlechterbewusster werden ließen, die Beziehungen der Polizei zur Bevölkerung, die sie schützen soll, verbesserten und die Untersuchung von sexuellen Gewaltverbrechen erleichterten.

Leider lautete eine weitere Erkenntnis, dass sich manche internationale Instrumente nicht als Rahmen für unsere Bemühungen eignen, weil sie von den Regierungen und der örtlichen Bevölkerung ganz allgemein nicht wahrgenommen oder nicht angenommen werden (teilweise sogar von Frauenrechtsaktivistinnen und internationalen Beamten). Ich denke hier insbesondere an Resolution 1325 (2000) des VN-Sicherheitsrats über Frauen und Frieden und Sicherheit, an das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und an OSZE-Ministerratsbeschluss 14/05 über Frauen in der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Konfliktnachsorge.

Diese Dokumente versprachen ein systematisches, energisches und konzentriertes Vorgehen im Zusammenhang mit Frauen in bewaffneten Konflikten und in der Friedenssicherung. Bisher blieben ihre Verheißungen aber in den meisten Fällen ein Zukunftstraum, hauptsächlich weil es ihnen an Überwachungs-, Rechenschafts- und Durchsetzungsmechanismen mangelt.

Trotzdem sind Symbole wichtig. Ich zolle den großen Bemühungen vieler OSZE-Missionen meine Anerkennung, die der Förderung der Rechte von Frauen, der Bekämpfung des Menschenhandels und der Stärkung von Frauenorganisationen gelten. Aber wie kommt es, dass im jüngsten Überblick über die OSZE-Feldoperationen die Worte „Gender“ und „Frauen“ in jenen Passagen überhaupt nicht vorkommen, in denen die Hauptaufgaben der 19 OSZE-Feldmissionen beschrieben werden?

Es gibt in unseren Institutionen sogar immer noch Mitarbeiter, die Genderfragen als den „weichen Aspekt“ von Sicherheits- und militärischen Angelegenheiten bezeichnen.

Da ist nichts „Weiches“ an der Verfolgung von Menschenhändlern, die Frauen und Mädchen zu einer Ware degradieren. Da ist auch nichts „Weiches“, wenn man bewaffnete Schlägertypen in Vertriebenenlagern daran hindert, Frauen zu missbrauchen, oder wenn man Warlords und andere Personen, die gegen die Menschenrechte verstoßen, für ihre an Frauen begangenen Verbrechen zur Rechenschaft zieht. Und es ist nichts „Weiches“, abgerüstete Soldaten davon abzuhalten, zu Hause gewalttätig zu werden, oder darauf zu bestehen, dass Frauen bei politischen Gesprächen und Friedensverhandlungen mit am Tisch sitzen und bei Friedenseinsätzen führende Positionen innehaben.

Das sind einige der verantwortungsvollsten Aufgaben auf unserer Agenda, und ich bin froh darüber, dass wir diesen Herausforderungen unsere Zeit und Aufmerksamkeit widmen.

Donald Steinberg ist stellvertretender politischer Leiter der Internationalen Krisengruppe. Dieser Artikel ist ein Auszug aus seiner Rede anlässlich eines Runden Tisches zum Thema Gender und Sicherheit, der am 11. März 2008 in Wien stattfand. Die Veranstaltung war der Auftakt zu einer von der OSZE-Abteilung Genderfragen initiierten Veranstaltungsreihe. In den drei Jahrzehnten seiner Tätigkeit für das Weiße Haus und das Außenministerium der Vereinigten Staaten setzte sich Donald Steinberg eingehend mit den Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen auseinander. In dieser Funktion sprach er auch häufig vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und dem Kongress der Vereinigten Staaten. Er war auch Berater des Exekutivdirektors des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau, Mitglied des Beirats der Women's Refugee Commission und Mitglied des Beirats von Women Waging Peace.



Şirvan, 30. Juni 2008. Kinder in Polizeiuniformen, die sie von den Gemeindepolizisten am Tag der offenen Tür erhalten hatten, der vom OSZE-Büro in Baku unterstützt wurde. Foto: OSZE/Elgun Taghiyev

Mainstreaming gender in community policing in Aserbaidtschan

Festgefahrene Stereotypen aufweichen

VON JOHN MACGREGOR

„Das Innenministerium von Aserbaidtschan gibt bekannt, dass bei der Rekrutierung für den Polizeidienst künftig Frauen bevorzugt aufgenommen werden.“

Diese brandaktuelle Meldung überraschte mich und meine Kollegen im November 2008 im OSZE-Büro in Baku, als sie uns bei der Morgenlage verkündet wurde. Wir erinnerten uns an eine Reihe von Ereignissen, die möglicherweise wesentlich zu dieser interessanten Entwicklung beigetragen hatten.

Alles begann im April 2008, als Jamila Seftaoui, Erste Beraterin der OSZE für Genderfragen, unsere Feldoperationen besuchte. Ihre Kernaussage – Männer- und Frauenanliegen seien bei unseren Projekten im Sinne des *Gender Mainstreaming* gleichermaßen zu berücksichtigen – gab den Anstoß zu folgender Überlegung: Was kann das OSZE-Büro, was können unsere aserbaidtschanischen Partner im Lichte unserer begrenzten Ressourcen tun, um diesen ehrgeizigen Prozess im Rahmen des Programms Polizeiunterstützung voranzubringen?

Nicht dass ich in diesen Dingen völlig unerfahren wäre. Ich war als Offizier fünf Jahre für die Beachtung der Menschenrechte in den kanadischen Streitkräften verantwortlich, und die an mich herangetragenen Beschwerden hatten teilweise damit zu tun, dass es für Frauen in Uniform schwierig war, im traditionell männerdominierten Militär geschlechtsbedingte Hindernisse zu überwinden.

Nach dem Besuch überprüfte ich mit dem Projektteam unsere ersten vor Ort gewonnenen Eindrücke von Gesellschaft und Kultur in Aserbaidtschan. Es gab eine eindeutige Unterscheidung zwischen den Rollen und Aufgaben der Frauen

Baku, April 2008. Polizeimajorin Ālida Āliyeva, eine der wenigen Frauen bei der aserbaidischen Polizei, bespricht mit Dr. Ylena Glod die von der OSZE unterstützte Ausbildung; Dr. Glod erteilt Unterricht in Erster Hilfe für Polizisten. Neben ihr András Hugyik, ein ungarischer Polizeioberst im Ruhestand, der im OSZE-Büro in Baku als leitender Polizeiberater tätig ist.



und jenen der Männer. Von Leuten, die das Land besser kennen als ich, wurde mir erklärt, „Frauen kennen ihren Platz“; Frauen in Uniform könne man an einer Hand abzählen, im Allgemeinen seien sie als Ärztinnen oder in der Verwaltung eingesetzt. Polizistinnen machten höchstens 10 Prozent aller Polizeikräfte aus.

So kam ich zu dem Schluss, dass unsere Strategie darin bestehen müsste, einige Elemente des *Gender Mainstreaming* in unsere Aktivitäten im Bereich des *Community Policing* zu übernehmen, die bereits im Rahmen des umfassenderen Polizeiunterstützungsprogramms auf den Weg gebracht worden waren. Ich selbst befand mich allerdings in einem Zwiespalt: Es war mir bewusst, dass wir das nur schwer an den Mann würden bringen können und uns daher zu Anfang nicht mehr vornehmen sollten, als den Polizeioffizieren wenigstens ein Minimum an Gendersensibilität zu vermitteln.

Unseren aserbaidischen Partnern und uns war jedoch klar, dass wir rasch handeln müssten, wenn wir Genderaspekte sinnvoll in unser Ausbildungsprogramm einbauen wollten. Wir befanden uns nämlich bereits mitten in der Ausdehnung des *Community Policing* auf acht von der Regierung dafür vorgesehene Städte und Bezirke: Qazax, Gāncā, Tārtār und Yevlax im Westen des Landes, der Bezirk Nārīmanov in Baku, und Quba, Dāvāci und Xaçmaz in Nordaserbaidisch.

BERATUNG DURCH DIE GEMEINDEN

Nun ging es darum, unsere Erfahrungen mit dem ursprünglichen Pilotprojekt in Mingāçevir, einer Stadt im mittleren Westen von Aserbaidisch, und in Şirvan, dem ehemaligen Āli Bayramlı in Südaserbaidisch, als Ausgangsbasis für weitere Schritte zu nutzen.

Ich wollte mir bei den funktionierenden Beiräten auf Gemeindeebene in Mingāçevir weitere Anregungen holen. In diesen Gremien kommen regelmäßig Bürger der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zusammen, um sich von den Spitzen der örtlichen Polizei über ihre jüngsten Aktivitäten informieren zu lassen und sich mit ihnen über Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit und des Schutzes der Gemeinde auszutauschen.

Allerdings hielt ich es für ziemlich unwahrscheinlich, dass die Männer in diesen Beiräten dazu bereit sein würden, mit Frauen zu einem offenen Meinungsaustausch zusammenzukommen – ebenso wie umgekehrt. Daher schien es mir – zumindest kurzfristig – naheliegend, nur aus Frauen bestehende Polizeibeiräte einzurichten. Die Einstellung von Frauen direkt in die Polizeikräfte würde nach Meinung unseres stellvertretenden Leiters, Alexis Chahtahtinsky, dagegen nicht so leicht zu verwirklichen sein und sollte eher langfristig angestrebt werden.

Polizeiarbeit in Aserbaidisch: auf dem Weg zu modernen Standards

Seit 2003 arbeitet das OSZE-Büro in Baku mit dem Innenministerium Aserbaidischs gemeinsam am Aufbau einer modernen und bürgernahen Polizei. Bislang kann das Polizeiunterstützungsprogramm folgende maßgebliche Errungenschaften für sich verbuchen:

- Die Polizeiakademie von Aserbaidisch hat mit Ausbildern der tschechischen Polizei ein Partnerschaftsprojekt entwickelt und ihren Lehrplan deutlich verbessert, ihre Unterrichtsmethoden modernisiert und die Ausbildungsdauer von drei auf sechs Monate verlängert. Die neuen Kursprogramme sehen jetzt auch die Fächer Jugendgerichtsbarkeit, Community Policing, Kommunikation, Gewalt in der Familie und Englisch als Fremdsprache vor.
- Ausgehend von einem Pilotprojekt in der Stadt Mingāçevir wird das Community Policing ausgebaut und durchgeführt und seit Neuestem landesweit umgesetzt. Auch eine neue Website wurde eingerichtet: www.mingachevirpolice.az.
- Angehörige der Polizei erhalten auf allen Ebenen Fortbildung in Public Order Management, wobei den Schwerpunkt die Ausbildung der Ausbilder bildet.

Als nächsten Schritt kontaktierten wir eine von der Genderabteilung der OSZE empfohlene Expertin, Sonja Busch, die wir baten, sich die Lage einmal anzusehen und uns dabei zu beraten, wie wir am besten unsere beiden Ziele verwirklichen können. Als Frau Busch vorschlug, einen Workshop über Genderaspekte in der Polizeiarbeit abzuhalten, hatte ich Zweifel, ob wir von der Öffentlichkeit in Mingäçevir die erforderliche Zusammenarbeit und Unterstützung bekommen würden. Trotzdem machten wir uns daran, den Workshop auf die Beine zu stellen.

Was dann aber im Oktober 2008 bei dieser zweitägigen Veranstaltung in Mingäçevir tatsächlich ablief, könnte man als regelrechte Offenbarung bezeichnen: Polizei und Publikum beteiligten sich ohne Vorbehalte an der Diskussion über die auf der Tagesordnung stehenden Punkte und Frauen wie Männer erklärten sich bereit, an den Gemeindebeiräten mitwirken zu wollen. Die Beteiligung war äußerst rege. Die TeilnehmerInnen artikulierten die konkreten Sicherheitsbedürfnisse von Frauen und Männern sowie Mädchen und Jungen und machten Vorschläge, wie man damit umgehen könnte. Was sie besonders beschäftigte, war die Frage, wie die Polizei auf Anzeigen von geschlechtsspezifischen Verbrechen, wie Gewalt in der Familie, sexueller Missbrauch von Kindern, Vergewaltigung oder Menschenhandel, reagieren sollte.

Die größte Überraschung war jedoch die Aussage seitens der Teilnehmer, dass sie den Workshop und ähnliche Veranstaltungen als für das gesamte Gemeinwesen wichtig erachteten – und nicht nur im Hinblick auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Polizei und Öffentlichkeit.

Im Anschluss an den Workshop gab es ein Treffen zum Thema *Gender Mainstreaming* mit Führungskräften der Polizei und Vertretern des Innenministeriums, an dem neben mir auch Frau Busch und der leitende Polizeiberater András Hutyik teilnahmen. Dabei thematisierten wir auch die Frage der Aufstockung der Anzahl weiblicher Polizeibeamter, obwohl ich es für verfrüht hielt, zu diesem Zeitpunkt schon ein langfristiges Ziel zur Sprache zu bringen, das unter Umständen die Aufmerksamkeit von dringenderen Aufgaben abziehen würde.

Ungefähr drei Wochen nach diesem Treffen erfuhren wir dann aus den örtlichen Medien die Nachricht, die uns alle

überraschte – dass die Polizei beabsichtige, mehr Frauen zu rekrutieren. Aber das war erst der Anfang, es sollten noch weitere Überraschungen folgen, die der Tatsache zu verdanken waren, dass wir volle Rückendeckung durch die höchsten Stellen in der Polizei und im Innenministerium erhielten.

EIN GEWALTIGER SCHRITT

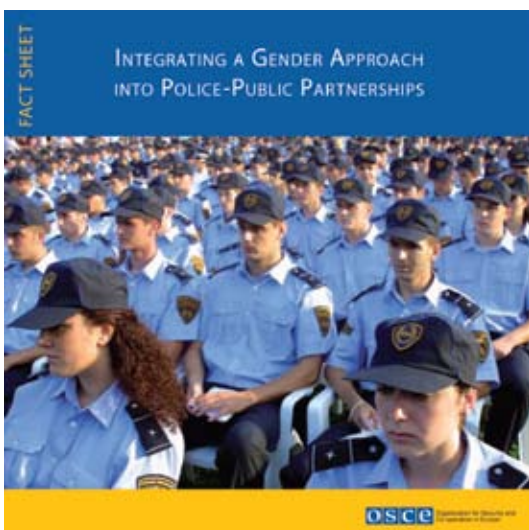
Im Dezember veranstaltete das OSZE-Büro das erste Treffen von Polizeichefs aus den zehn Städten und Regionen, in denen Programme für *Community Policing* durchgeführt werden. Das war ein gewaltiger Schritt auf dem Weg zu einem in Gänze in das *Community-Policing*-Programm eingebetteten *Gender Mainstreaming*. Dass dieses Treffen in Mingäçevir stattfand, war an sich schon von Bedeutung, war es doch das erste Treffen der Polizeichefs außerhalb der Hauptstadt.

Die Polizeichefs bilanzierten die wichtigsten Punkte des *Community Policing*, kamen zu dem Schluss, dass man in Mingäçevir vorangekommen war, und besprachen Pläne für weitere Projekte im Jahr 2009. In ihrem Vortrag erwähnten die Polizeibehörden auch den bahnbrechenden Workshop zum Thema *Gender Mainstreaming* vom Oktober. Wir können heute mit gutem Grund davon ausgehen, dass im ganzen Land viele genderbezogene Maßnahmen in die Programme für *Community Policing* aufgenommen werden.

Was *Gender Mainstreaming* anbelangt, haben die OSZE, die internationale Gemeinschaft und die Behörden von Aserbaidschan noch einiges zu lernen. Zum einen wird uns zunehmend klar, dass wir den gesunden Menschenverstand „traditionsbestimmter Gesellschaften“ nicht unterschätzen sollten, wenn die Initiativen, um deren Unterstützung es geht, ihnen selbst sehr am Herzen liegen und in ihrem ureigensten Interesse sind. Und wir erkennen, dass man neue und unbekannte Wege, wie den von uns eingeleiteten Konsultationsprozess, beschreiten muss, um zu vermeiden, dass man stereotypen Vorstellungen aufsitzt und seine Erwartungen auf ein Minimum herunterschraubt.

John MacGregor, ein von Kanada entsandter Offizier im Ruhestand, ist seit 2007 Leiter der politisch-militärischen Einheit im OSZE-Büro in Baku.

<http://www.osze.org/baku>



Integrating a Gender Approach into Police-Public Partnerships ist eine Informationsbroschüre über die grundlegenden Elemente des Gender Mainstreaming im Community Policing. Es hilft den Polizeiberatern der OSZE und den Durchführungspartnern dabei, für einen gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern zu Polizeidiensten zu sorgen und ihnen die Chance zu geben, ihre eigenen besonderen Sicherheitsbedürfnisse zu erkennen. Ein Beispiel, wie solche Partnerschaften gefördert werden können, sind regelmäßige Treffen, bei denen die Probleme in den Bereichen Sicherheit und Kriminalität, die jeweils ein besonderes Anliegen von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen sind, offen besprochen werden können. Die Broschüre enthält auch einen aus fünf Schritten bestehenden Leitfaden für die Planung und Durchführung gendersensibler und genderbewusster Projekte im Bereich des Community Policing – angefangen von einer Genderanalyse bis hin zur Umsetzung und Bewertung. Ausarbeitung: Abteilung Genderfragen der OSZE

Eine Frau in Uniform in Georgien

Vertrauensbildung durch Professionalität und Empathie



Am 22. August 2008, kaum zwei Wochen nach dem vom französischen und vom russischen Präsidenten ausgehandelten Abkommen, das dem kurzen, jedoch erbitterten Krieg in Südossetien ein Ende setzte, saßen mein Kollege, Major Eric Hernault, und ich in einem Flugzeug, das uns direkt von Paris nach Tiflis bringen sollte. Die OSZE hatte sich mit großem Nachdruck für ein Ende der Feindseligkeiten eingesetzt und einen dringenden Appell an die Teilnehmerstaaten gerichtet, zusätzliche unbewaffnete Militärbeobachter vor Ort zu entsenden, zu denen auch wir als Teil einer Gruppe von 20 Personen gehörten.

VON MARTINE ROSENTHAL

In den 23 Jahren, die ich nun schon der französischen Luftwaffe angehöre, war ich mehrmals auf Kurzeinsatz in Staaten der ehemaligen Sowjetunion, doch diese Verwendung war insofern anders, als sie mit Sicherheitsrisiken verbunden war; zum ersten Mal sollte ich auch für eine internationale Organisation arbeiten, wofür ich meine beiden Kinder im Teenageralter mindestens sechs Monate lang alleine lassen musste – länger als je zuvor.

Wir sollten dazu beitragen, weitere Gewalt zu verhindern, und für eine ungehinderte Durchführung der humanitären Aktivitäten sowie für die Rückkehr der Menschen zu ihren Heimstätten sorgen; man erwartete von uns, tägliche Streifen im Süden der georgisch-ossetischen Verwaltungsgrenze zu gehen und uns dieser anzunähern, anderen Streifen Einweisung zu geben und

regelmäßig über unsere Beobachtungen in einer anhaltend explosiven Sicherheitslage nach Wien zu berichten.

Als ich die Namen der 20 neuen Militärbeobachter auf der Liste las, die zur Unterstützung der acht bereits lange vor Ausbruch der Feindseligkeiten Anfang August dort in schwerem Einsatz befindlichen entsandt wurden, fiel mir auf, dass ich die einzige Frau in der Gruppe sein würde. In der französischen Armee zieht beim Anblick einer Frau in Uniform niemand mehr die Brauen missbilligend hoch. In der Luftwaffe zum Beispiel stellen Frauen heute 20 Prozent des Personals. Mir war jedoch bewusst, dass zumindest ein Teil der Gruppe aus Ländern kam, in denen es noch keineswegs selbstverständlich war, neben einer Frau im Einsatz zu sein.

Es dauerte nicht lange, bis ich entdeckte, dass die Hauptsorge des leitenden Militärbeobachters der OSZE-Mission in Georgien, Steve Young, etwas ganz anderem galt: Ich würde der einzige Unteroffizier in einer Gruppe sein, die sonst ausschließlich aus Offizieren bestand. Offiziere haben Befehlsgewalt, während Unteroffiziere, NCOs oder auch Fachdienstoffiziere, eine fachliche Spezialisierung aufweisen. Neben meiner militärtechnischen Ausbildung war ich Spezialistin für Russisch und hatte einen Hintergrund in internationalen Beziehungen aufzuweisen. Steve wollte

Karaleti, Oktober 2008.
Martine Rosenthal auf
Patrouille südlich der
georgisch-ossetischen
Verwaltungsgrenze. Foto:
OSZE/David Chisanischwili

Camp MARTINE



Karaleti, März 2009. Martine Rosenthals ehemalige Kollegen (nicht alle auf diesem Bild zu sehen) aus 17 Ländern benannten ihr zu Ehren ihr kleines Lager in Karaleti nach ihr. Das Lager, das im Dezember 2008 rund 25 km südlich der Verwaltungsgrenze errichtet wurde, dient als Ausgangspunkt für die Streifenfötigkeit der Militärbeobachter.

sichergehen, dass ich von den Offizieren als gleichberechtigt behandelt würde.

Zum Glück stellte sich die Angst, von zwei Seiten in die Zange genommen zu werden, als unbegründet heraus. Wir waren eine kleine Gruppe, die einer großen Aufgabe gerecht werden musste. Was zählte, waren Können, Kompetenz, Reife, Erfahrung, Offenheit und Teamfähigkeit – und *nicht* Rang, Nationalität oder Geschlecht.

Wie die anderen Militärbeobachter auch leistete ich während der Woche abwechselnd Dienst als Fahrerin eines schwer gepanzerten Fahrzeugs und als Streifenführerin, die an Ort und Stelle schwierige Entscheidungen zu treffen hatte. Ich muss ehrlich sagen, dass ich kein einziges Mal Probleme mit meinen Kollegen hatte. Wir führten unsere Aufgaben zwar in einem klaren Unterstellungsverhältnis aus, das aber jedem Beteiligten volle Achtung zugestand.

Außerhalb unseres kleinen Lagers in Karaleti, zwei Kilometer nördlich von Gori und südlich der georgisch-ossetischen Verwaltungsgrenze, sammelte ich meinen Teil an Erfahrungen und Beobachtungen als ausländische Berufssoldatin.

Bei einem Streifengang kommt es darauf an, die Stimmung vor Ort aufzunehmen, wobei der Kontakt mit der örtlichen Bevölkerung ganz wesentlich ist. Die erste Kontaktaufnahme erfolgte üblicherweise mit kleinen Gruppen von Männern, die sich auf der Straße zusammengefunden hatten. Meistens waren

dabei keine Frauen zu sehen und wenn, dann hielten sie sich üblicherweise im Hintergrund auf, entweder als schweigende Beobachterinnen oder mit irgendeiner Arbeit beschäftigt. Es brauchte keine große Beobachtungsgabe, um zu erkennen, dass die Männer lieber direkt mit den männlichen Militärbeobachtern sprachen, selbst wenn ich ihnen die Fragen stellte.

Häufig hielten mich auch die Leute trotz meiner Uniform für eine Dolmetscherin, da ich Russisch sprach und oft die Gespräche zwischen den anderen Militärbeobachtern und Dorfbewohnern dolmetschte. Auffallend war auch die offenkundige Verblüffung der georgischen Polizisten, als sie Sicherheitsfragen beantworten sollten, die von einer Frau kamen.

Ich muss der Gerechtigkeit halber auch einräumen, dass die Leute nur zu Beginn auf diese Art und Weise reagierten – überrascht, neugierig, mit einer leichten Skepsis und einem gewissen Unbehagen. Schließlich ist eine Frau als Berufssoldatin in den traditionsverhafteten Dörfern in diesem Teil des Kaukasus nach wie vor eine Seltenheit.

Nach und nach gelang es mir aber, durch regelmäßige Kontakte das Vertrauen der Menschen und der Polizei zu gewinnen. Dabei halfen mir besonders meine Russischkenntnisse und meine früheren Erfahrungen in einigen der neuen unabhängigen Staaten. Manchmal reichte ein Lächeln, um das Eis zu brechen; ich wusste allerdings immer, wann Freundlichkeit und wann Festigkeit angezeigt war, insbesondere im Umgang mit

denjenigen, die besonders für die Sicherheit und den Schutz der Dorfbewohner zuständig waren – wie die Polizei.

Meine Bemühungen um Vertrauensbildung bestanden zum großen Teil darin, meine Rolle und meine Aufgaben als Berufssoldatin zu erklären. Aber ist das nicht genau dasselbe, was berufstätige Frauen auch im zivilen Leben immer wieder tun müssen? Ganz anders der Kontakt mit den Dorffrauen: Bei den seltenen Gelegenheiten, bei denen wir offen miteinander reden konnten, gab es keine Barrieren zwischen uns. Da ergab sich sofort eine ganz natürliche und selbstverständliche Beziehung, die keines schrittweisen „Aufbaus von Vertrauen“ bedurfte.

Damit komme ich zu einer interessanten Frage: Was konnte ich als Frau zur Verwirklichung der Zielsetzungen der OSZE in Georgien beitragen?

Der Erfolg einer Beobachertätigkeit hängt zu einem großen Maß nicht nur von der Technik, sondern auch von einem gewissen „Feeling“ ab; ich hoffe, dass es mir gelungen ist, die richtige Mischung aus beidem gefunden zu haben. Ich würde mir wünschen, dass meine tägliche Beurteilung der Lage mit den Augen einer Frau und Mutter auch in meinen Beobachtungen und meinen schriftlichen Berichten zum Ausdruck kam und dazu beitrug, die Sensibilität der Teilnehmerstaaten für die Probleme vor Ort, auch deren nicht-militärische Aspekte, zu erhöhen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Menschen, mit denen wir sprachen, brauchten dringend Brennholz für den Winter. Sie brauchten Zugang zu Trinkwasser und Wasser für die Bewässerung. Obwohl wir Militärbeobachter keine humanitäre Hilfe zu bieten hatten, meine ich doch, dass wir wesentlich dazu beitrugen, die örtliche und die internationale Hilfe besser zu

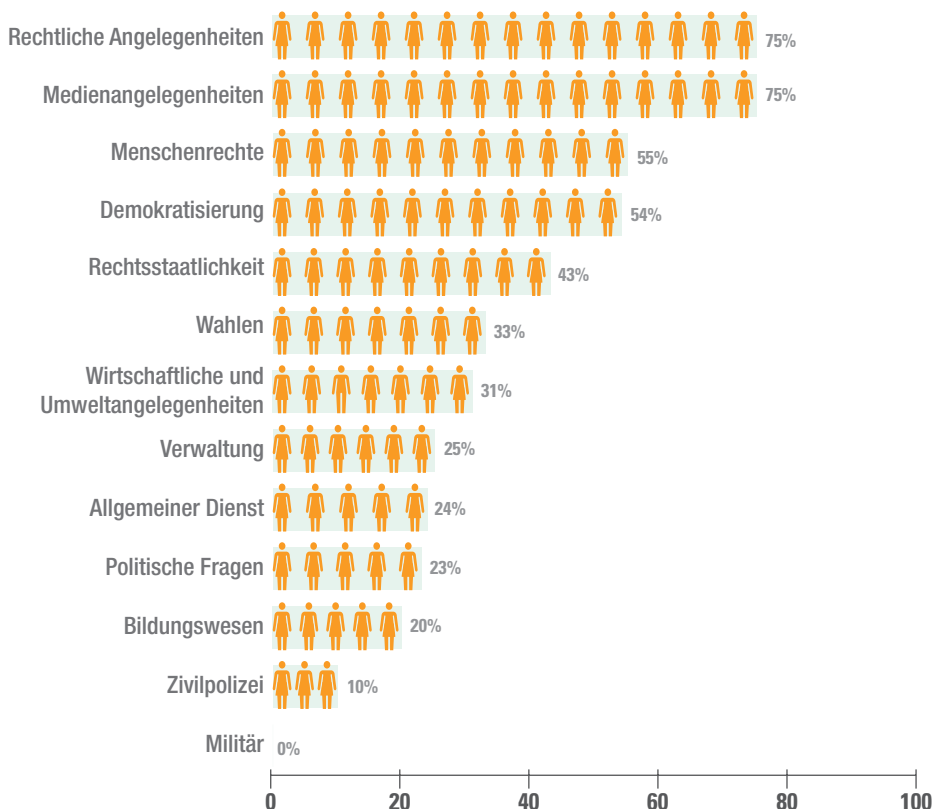
koordinieren und sie zielgerichteter zum Einsatz zu bringen, da wir ein offenes Ohr für die Bedürfnisse der Bevölkerung hatten und unsere Informationen an die humanitären Einrichtungen und die örtlichen Führungskräfte weitergaben.

Seit drei Monaten bin ich nun wieder an meinem üblichen Arbeitsplatz auf dem Luftstützpunkt Creil 50 km nördlich von Paris. In der Zwischenzeit war ich auf einem kurzen Rüstungskontrollinspektionseinsatz in Kirgisistan und erwarte eine ähnliche Verwendung in Kasachstan. Meine Beobachterkollegen und ich sind nach wie vor in Kontakt und so erhielt ich vor Kurzem zu meiner Überraschung ein Foto, das sie unter dem Schild „Camp Martine“ zeigt; so erfuhr ich, dass sie unseren Stützpunkt in Karaleti nach mir benannt hatten. Was die Zukunft Georgiens ohne OSZE-Präsenz anbelangt, teilen wir einen gewissen Pessimismus. Unserer Ansicht nach haben die Militärbeobachter gute Arbeit geleistet. Am meisten beschäftigt uns aber die Frage, was aus der Dorfbewölkerung werden soll, die wir bei unserer Tätigkeit kennengelernt haben.

Martine Rosenthal begann ihre Unteroffizierstätigkeit in der französischen Luftwaffe im Jahr 1985. Sie ist Russischspezialistin und hat als Arbeitsschwerpunkt die Länder der ehemaligen Sowjetunion. Seit 2006 ist sie als Rüstungskontrollinspektorin für die französische Rüstungskontrollverifikationsstelle tätig, die direkt dem Generalstab des französischen Verteidigungsministeriums untersteht. Diese Stelle ist für die Umsetzung der Verpflichtungen zuständig, die Frankreich mit dem KSE-Vertrag, dem Wiener Dokument 1999 und anderen Rüstungskontrollabkommen eingegangen ist.



Anteil der Frauen am internationalen Personal und Führungsstab von OSZE-Feldoperationen in Prozent (nach Tätigkeitsbereich, Stand Mai 2008)



Emotionales Muskeltraining

Männer arbeiten mit Männern, um die häusliche Gewalt einzudämmen



Neil Blacklock ist ein Vorreiter im Kampf der Männer gegen häusliche Gewalt im Vereinigten Königreich. 1989 begründete er ein Hilfsprojekt zur Änderung des Verhaltens von Männern, die in Partnerschaften gewalttätig werden. Er leitete auch eine Website „Dad's Space“, die sich an Väter richtet, die nicht mit ihren Kindern unter einem Dach leben. Neil Blacklock ist heute Entwicklungsdirektor bei einer gemeinnützigen Organisation namens „Respect“, die Maßstäbe für auf Männer abzielende Einrichtungen zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt setzt. Michael Unland, Medienreferent des OSZE-Büros in Tadschikistan, wollte mehr über Neil Blacklocks wegweisende Tätigkeit erfahren und setzte sich nach dem Expertenseminar, das die Abteilung Genderfragen der OSZE im Oktober 2008 in Duschanbe veranstaltete, mit Blacklock zu einem Gespräch zusammen.

Michael Unland: Weshalb sieht man so selten Männer bei Gesprächen über die Gleichstellung der Geschlechter?

Neil Blacklock: Öffentlichen Diskussionen zum Thema Gleichstellung von Frauen und Männern wird meistens unterstellt, dass sie nur auf eine Verbesserung der Lage der Frau abzielen. Das ist auch nachvollziehbar, da es sich bei häuslicher Gewalt, Vergewaltigung und gewerblicher sexueller Ausbeutung um geschlechtsspezifische Kriminalität handelt, deren Opfer überwiegend Frauen und Mädchen sind. Da Männer in der Gesellschaft meist am längeren Hebel sitzen, gehen sie natürlich davon aus, dass ihnen eine Änderung des Status quo nichts einbringt.

Sie kann aber auch Männern zugutekommen. Sehen Sie sich nur einmal an, wie es um die Gesundheit und andere Indikatoren für

persönliches Glück bei Männern bestellt ist. Wir Männer lassen uns in Männlichkeitsbilder pressen, die unsere Ausdrucksmöglichkeiten einschränken, unsere privaten Beziehungen beeinträchtigen und unserem persönlichen Glück im Wege stehen. Männer sind die Haupttäter, was die Gewalt gegen Frauen und Kinder angeht, und sie sind auch die Haupttäter bei Gewalt gegen andere Männer. Wenn man also den Zusammenhang zwischen Männlichkeit und Gewalt ins Visier nimmt, können auch Männer davon profitieren.

Wie haben die Frauenorganisationen reagiert, als sie begannen, mit Männern zu arbeiten, um die häusliche Gewalt einzudämmen?

Das war eine Mischung aus Unterstützung und äußerst verständlicher Skepsis. Die Opfer häuslicher Gewalt sind zwar in überwiegender Zahl Frauen, doch heißt das noch lange nicht, dass sie ein reines Frauenthema ist, da das eigentliche Problem das Verhalten der Männer ist. Wenn man Männer nicht für ihre Gewalttätigkeit zur Verantwortung zieht, wenn man nicht an einer Veränderung der ungesunden männlichen Einstellungen arbeitet und die Männer nicht in die Bearbeitung des Problems einbindet, dann kommen wir nicht weiter.

Und wie haben die Männer reagiert?

Männer empfinden es eindeutig als positiv, wenn sie erleben, dass andere Männer konstruktiv und nachdrücklich gegen Gewalt gegen Frauen Stellung beziehen. Was nützt, ist eine Gemeinschaft, in der Männer sich zu äußern getrauen und Gehör finden – und das Eintreten für Frauen und Kinder, die Opfer von Missbrauch wurden. Wir können beides dadurch erreichen, dass Männer auf andere Männer zugehen und gegen ein inakzeptables Verhalten auftreten und anderen Männern klarmachen, dass man auch anders leben kann.

„Respect“ bietet Beratung für gewalttätige Männer und eine überregionale Helpline unter der Bezeichnung „Men's Advice“ an, bei der jährlich rund 7000 Männer anrufen, die Unterstützung und Information zu Gewalt in Beziehungen suchen. Gibt es ein Profil, das diesen Anrufern gemeinsam ist?

Diese Männer kommen aus allen gesellschaftlichen Schichten. Häufig fühlen sie sich ohnmächtig und gefangen, was eigentlich paradox ist, wenn man bedenkt, dass sie die ihnen nahestehenden Menschen beherrschen, ihnen Schaden zufügen und ihrer Freiheit berauben.

Wir wollen sie dazu bringen, dass sie begreifen und sich eingestehen, in welchem Ausmaß, wie oft und wie heftig sie gewalttätig werden und wie negativ sich diese Gewalt auf ihre Partner und Kinder und auf sie selbst auswirkt. Wir versuchen auch, ihnen so etwas wie Verantwortungsgefühl für ihre Taten beizubringen: Gewalt anzuwenden, ist eine Entscheidungssache. Wir helfen ihnen dabei, ihre Erwartungshaltung in Bezug auf ihre Partner kritisch zu bewerten und sich damit auseinanderzusetzen, wie man respektvoll mit dem natürlichen Auf und Ab in einer Partnerschaft umgehen kann.

Männer müssen lernen, auf eine andere Art und Weise Stärke zu zeigen, indem sie „emotionale Muskeln“ aufbauen. Damit meine ich die Entwicklung von Fähigkeiten und inneren Ressourcen, aus denen sie schöpfen können, um ihrer Verantwortung als Partner und Vater besser gerecht werden zu können, anstatt vor Problemen davonzulaufen und als letztes Mittel zu Misshandlungen zu greifen, um andere zum Schweigen zu bringen. Es bedeutet auch, eine Fähigkeit zur Kommunikation zu entwickeln und sich ein Gefühl für Empathie und Fairness anzueignen. Das sind grundlegende menschliche Qualitäten, die geschlechtsunabhängig sind.

Wie lange dauert so ein Beratungsprogramm und wie ist es um die Erfolgchancen bestellt?

„Respect“ sieht als Mindestberatungsdauer 60 Stunden vor. Viele Organisationen bieten aber längere Behandlungen an, da sich im Laufe eines Lebens erworbene Verhaltensmuster nicht von heute auf morgen verändern lassen. Es gibt keine schnellen Lösungen. Es gibt mehrere Bewertungen der Programme und dokumentierte Fälle, die darauf hindeuten, dass die an den Programmen teilnehmenden Männer mehrheitlich auf die weitere Anwendung von Gewalt verzichten. Zum Erfolg gehört aber auch, dass man Frauen und Kindern dabei hilft, ein Leben ohne Misshandlung führen zu können. Daher ist uns die



Wien, 8. Juni. Todd Minerson, geschäftsführender Direktor der White-Ribbon-Kampagne, sprach bei einem Symposium über die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in der OSZE-Region, das von der Ersten Beraterin für Genderfragen, Jamila Seftaoui, und ihren Mitarbeitern veranstaltet wurde. Die Kampagne wurde 1991 von Männern in Kanada ins Leben gerufen und hat sich zur weltweit größten Bewegung entwickelt, die Männern im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt helfen soll.



Sicherheit der Opfer sehr wichtig, weshalb wir ihnen Dienste anbieten und sie über das Risiko informieren, das ihr Partner oder Vater möglicherweise darstellt. Ohne diese flankierenden Maßnahmen wären Programme für Gewalttäter nicht ausreichend sicher.

Sie verwenden Wörter wie Identität, persönliches Glück, Emotionen – Wörter, die bei Kampagnen gegen häusliche Gewalt selten vorkommen.

Wir sollten sie aber wesentlich öfter verwenden! Wir sollten auch dazu beitragen, dass Partner mehr über ihre Verantwortung füreinander oder über die Verantwortung eines Vaters sprechen, und Räume für diese Art von Dialog schaffen. Ein besonderes Vorzeigeprojekt ist die White-Ribbon-Kampagne, die 1991 von Kanada ausging. Die Bewegung gewann rasch an Boden, da sie ein allgemeines Gefühl durch ein Symbol zum Ausdruck brachte; 55 Länder haben die Kampagne auf verschiedene Art und Weise adaptiert und weiterentwickelt. Durch sie gelang es, Tausende Männer dazu zu bewegen, ihr Schweigen zu beenden – man darf nicht vergessen, dass die meisten Männer häusliche Gewalt abstoßend finden – und zu zeigen, dass sie sich mit Frauen solidarisch fühlen. Weltweit kann man vielerorts am 25. November, dem Internationalen Tag der Beseitigung der Gewalt gegen Frauen, Männer mit einem weißen Band sehen.

Was haben Sie bei diesem Expertentreffen hier in Duschanbe gelernt? Lässt sich ein Programm wie „Respect“ in zentralasiatische Länder verpflanzen, die gerade erst damit begonnen haben, sich mit der häuslichen Gewalt, einem Phänomen, das in ihrer Gesellschaft einen immer größeren Raum einnimmt, auseinanderzusetzen?

Die OSZE hatte 90 Teilnehmer aus 20 Ländern zur Erörterung eines weltweiten Problems zusammengebracht. Wir haben sehr viel aus unseren jeweiligen Erfahrungen und Konzepten gelernt. Viele der Veränderungen im VK gehen auf Dinge zurück, die wir von anderen Ländern gelernt hatten; so wurde unsere Arbeit bei „Respect“ zum Beispiel von den Erfahrungen in Neuseeland und den Vereinigten Staaten beeinflusst.

Wir haben auch begriffen, dass wir nicht davon ausgehen dürfen, die Methoden und Kampagnen aus dem Westen eins zu eins beispielsweise nach Zentralasien übertragen zu können. Wir müssen erst das Zusammenspiel zwischen Klasse und Kultur sowie Geschlecht und Identität verstehen, damit andere Länder erfolgreiche Konzepte von uns übernehmen und so anpassen können, wie sie ihrer Ansicht nach am besten funktionieren.

Dieses Expertentreffen zeigte auch, wie die OSZE Hilfestellung und Unterstützung dadurch leistet, dass sie einen direkten Kontakt zwischen Basisorganisationen und Teilnehmerstaaten herstellt. Das ist eine ganz wesentliche Aufgabe, wenn die Saat der Veränderung aufgehen soll.

www.respect.uk.net
www.whiteribbon.ca

Jugendliche erheben ihre Stimme gegen Gewalt

Kinder als Katalysatoren der Veränderung

VON SCOTT CAMERON

Als ich 14 war, wurden die Streitereien zwischen meinen Eltern, die sich drei Jahre zuvor nach dem Auszug meines Vaters hatten scheiden lassen, aufgrund finanzieller Schwierigkeiten immer häufiger. Eines Tages, es war im September 2001, wurde ich Zeuge, wie mein Vater meine Mutter misshandelte. Von da an lebten meine Mutter und ich in ständiger Angst, das könnte sich wiederholen. Im Oktober mussten wir unsere Wohnung räumen, unsere Sachen packen und in einem Lagerraum unterbringen.

In Schottland ist es üblich, dass Menschen in dieser Situation Zuflucht in einem Frauenhaus suchen, was meine Mutter und ich jedoch nicht taten. Wir blieben stattdessen bei Verwandten in der Nähe unserer alten Wohnung, von wo aus wir meinen Hund weiter versorgen konnten und ich weiter in dieselbe Schule gehen konnte.

Dieser Anschein von Normalität hatte seinen Preis. Neun Monate lang schlief ich auf dem Boden in einem Zimmer, das ich mit drei anderen Leuten teilte, während meine Mutter im Wohnzimmer eine Art Schlafzimmer für sich allein hatte. Für uns beide war es eine schwierige und angstvolle Zeit. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich täglich mit dem sozialen Ausgestoßensein und der mit der Obdachlosigkeit verbundenen Demütigung konfrontiert war.

Inzwischen hatte meine Mutter Kontakt mit der schottischen Frauenhilfe aufgenommen. Diese Organisation verfügt landesweit über ein Netz aus 39 örtlichen Hilfsgruppen und ist die führende Vorkämpferin und Lobbyistin für eine wirksame Eindämmung der häuslichen Gewalt durch Bekämpfung der eigentlichen Ursachen – der fehlenden Gleichstellung zwischen Frauen und Männern.

Die Mitarbeiter der *Scottish Women's Aid* boten mir eine ganz neue Form der Betreuung an, die sie zu erproben begannen. Ich war ganz überrascht von dieser Art von Hilfe. Ich hatte eine eigene Betreuerin nur für mich alleine, mit der ich solange über alles, was mich bedrückte, sprechen konnte, wie ich wollte. Es war nicht notwendig, allzu explizit auf die schockierenden Misshandlungen

in unserer Familie oder das Trauma einzugehen, aus dem familiären Umfeld gerissen worden zu sein, doch gelang es mir mithilfe dieser Sitzungen, mit beiden Problemen fertig zu werden.

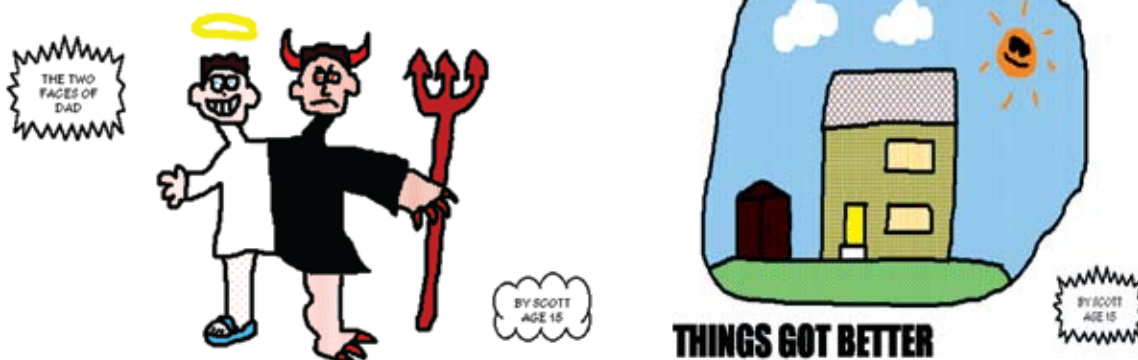
Noch Monate später, als meine Mutter und ich im Juli 2002 schon ein neues Zuhause gefunden hatten, stand ich noch in der Betreuung der schottischen Frauenhilfe. Später in diesem Jahr gelang es mir sogar, wieder Kontakt mit meinem Vater aufzunehmen. Ich schrieb das der Betreuung zu, die ich erhalten hatte.

Da ich selbst in meiner Jugend die Auswirkungen dieser Art von Unterstützung erfahren hatte, beschloss ich, mich selbst gegen häusliche Gewalt zu engagieren. Ausgehend von meinem Heimatort Ayrshire begann ich bei verschiedenen Veranstaltungen aufzutreten, wo ich meine Geschichte vor Regierungsvertretern und den Anbietern einschlägiger Dienstleistungen erzählte. Bei diesen Veranstaltungen folgten viele Jugendliche und Kinder meinem Beispiel und schilderten ihre eigenen Erlebnisse mit Misshandlung und wie sie damit zurechtkamen. Wir tauschten auch Erfahrungen über praktische Aspekte wie geschützte Unterkünfte und finanzielle Unterstützung aus.

Schon bald wurde uns klar, dass wir einiges mehr beitragen könnten, wenn wir landesweit tätig werden. Ich beteiligte mich an der nationalen Kampagne *Listen Louder!*, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, zur Verbesserung der Unterstützungsdienste beizutragen und zu diesem Zweck denjenigen zuzuhören, die die eigentlichen Experten für Misshandlungen in der Familie sind, nämlich die Kinder und Jugendlichen, die Misshandlungen mitangesehen oder am eigenen Leib erfahren haben. Ich sprach auf der Veranstaltung in Edinburgh, die den Auftakt zu dieser Kampagne bildete, die von Mitgliedern der schottischen Frauenhilfe und Gemeindegremien unterstützt wurde.

Listen Louder! lief von 2002 bis 2004 und war ungeheurer erfolgreich; den Höhepunkt bildete ein Regierungsbeschluss zur Schaffung einer nationalen hochrangig besetzten Gruppe, die ein Konzept für derartige Dienste für schottische Kinder und Jugendliche ausarbeiten sollte. Im Juni 2008 wurde mit der Umsetzung des Konzepts begonnen, das die Bereiche Justiz, Gesundheit, Bildung, Unterbringung und Polizei betraf. Wir konnten auch

Computerkunst von Scott Cameron, im Alter von 15 Jahren entstanden



wichtige Geldgeber für die Finanzierung derselben professionellen, eigens für Kinder und Jugendliche konzipierten Betreuung finden, wie ich sie erhalten hatte.

Ich hielt weiterhin Reden bei Veranstaltungen auf lokaler Ebene und landesweit, darunter auch bei einem Festakt in Edinburgh im Jahr 2006, mit dem die Leistungen der *Scottish Women's Aid* in den letzten 30 Jahren gewürdigt wurden. Im Oktober 2008 führten mich diese Auftritte schließlich auf eine internationale Bühne – das von der OSZE gesponserte Expertenseminar über innovative Konzepte zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in Duschanbe (Tadschikistan); dort referierten Heather Coody von der schottischen Frauenhilfe und ich darüber, wie wichtig die partnerschaftliche Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Bekämpfung der häuslichen Gewalt ist. Unser Vortrag, der das schottische Konzept mit seinem einzigartigen Ansatz in Bezug

auf Kinderrechte und deren Unterstützung vorstellte, kam gut an, und viele Teilnehmer bestürmten uns nach unserem Auftritt mit Fragen.

Immer wieder werde ich gefragt, weshalb ich mich neben meiner anderen Arbeit und meinem Studium nach wie vor für diese Sache engagiere. Meine Antwort ist immer dieselbe: „Ich möchte nicht, dass andere dasselbe durchmachen müssen wie ich. Und wenn ich aus meinen Erfahrungen etwas gelernt habe, dann das: Kinder und Jugendliche, die selbst Misshandlungen in der Familie erlebt haben, sind besser als andere in der Lage, Veränderungen zu bewirken. Für sie müssen wir bessere Bedingungen schaffen. Und wir müssen dafür sorgen, dass ihre Stimme gehört wird.“

Scott Cameron, 22, studiert im Rahmen eines Masterprogramms an der University of Strathclyde in Glasgow (Schottland) im vierten Jahr Computerwissenschaft.



Empfohlene Instrumente für Gender Mainstreaming

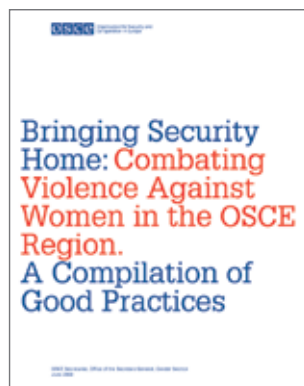
(zusätzlich zu den auf Seite 11, 16 und 30 beschriebenen)

www.osce.org/gender
equality@osze.org



Gender and the Environment: A Guide to the Integration of Gender Aspects in the OSCE's Environmental Projects soll Manager von OSZE-Umweltprojekten auf die meist nicht offensichtlichen Zusammenhänge zwischen Gender und Umwelt aufmerksam machen. Frauen haben eine wichtige Entscheidungsfunktion, wenn es um die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen geht, besonders während eines Konflikts und danach. Gleichzeitig sind sie von den Folgen von Umweltschäden und -katastrophen am meisten betroffen. Dieser Leitfaden zeigt, wie Genderaspekte als Querschnittsaufgabe in die Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung von Umweltprogrammen einfließen können, die sich mit der Bewirtschaftung von Wasser, Energie, Boden, Chemikalien und Abfällen sowie mit dem Klimawandel und Umweltgovernance auf lokaler Ebene befassen. *Ausarbeitung: Abteilung Genderfragen der OSZE*

Bringing Security Home: Combating Violence Against Women in the OSCE Region. A Compilation of Good Practices ist ein technisches Referenzwerk, in dem über 95 Beispiele guter und innovativer Methoden zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen, für den Opferschutz und die strafrechtliche Verfolgung der Täter beschrieben sind. Es enthält auch Strategien zur Einbindung von Männern und Jugendlichen in verschiedenste Aktivitäten. Ein eigenes Kapitel ist maßgeblichen Forschungs- und Evaluierungsinitiativen gewidmet, die Aufschluss über etwas geben sollen, was nach Ansicht der internationalen Gemeinschaft eine der weitestverbreiteten Menschenrechtsverletzungen weltweit darstellt. Von jeder der dargestellten Methoden gilt als gesichert, dass sie eine kreative Lösung für ein weltweites Problem darstellt und tatsächlich etwas verändert. *Ausarbeitung: Abteilung Genderfragen der OSZE*



Mapping female experts for politico-military projects ist eine Online-Datenbank, die Beratungsmöglichkeiten für Frauen in Bereichen wie Rüstungskontrolle, Grenzmanagement, Terrorismusbekämpfung, Konfliktverhütung, Militärreform und Polizei verbreiten soll. Eine Liste mit Namen qualifizierter Fachfrauen wird ständig auf neuestem Stand gehalten. Mit diesem Instrument soll eine vollständige und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Konfliktnachfolge gefördert werden. Derzeit stellen Frauen gerade zehn Prozent der für die OSZE tätigen zivilen Polizeikräfte und sind im militärischen Bereich überhaupt nicht vertreten. Voraussichtliches Erscheinen September 2009, *Ausarbeitung: Abteilung Genderfragen der OSZE*



The Gender and Security Sector Reform Toolkit soll allen, die mit Reformen des Sicherheitssektors zu tun haben – ein weites Feld, bei dem es um die Veränderung in den Bereichen Sicherheitspolitik, Sicherheitsinstitutionen und Sicherheitsprogramme geht – Genderaspekte nahebringen. Das Set besteht aus einem Leitfaden für Anwender, 12 sogenannten Tools und 12 Übungsblättern zu folgenden Themen: Polizeiarbeit, Verteidigung, Justiz und Strafrecht, Grenzmanagement, parlamentarische Kontrolle, nationale Sicherheitspolitik, Kontrolle durch die Zivilgesellschaft, private Militär- und Sicherheitsfirmen, Monitoring und Evaluierung sowie Gendertraining. Das Set umfasst auch einen Führer durch internationale Vorschriften und Normen. Das Toolkit ist gedruckt, als CD-Rom und Online verfügbar. *Als Partner fungierten das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE, das Gender Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte und das Internationale Forschungs- und Ausbildungsinstitut der Vereinten Nationen zur Förderung der Frau.*



OSZE/SCHIKIROV KAMOL

Tadschikistans einziges Frauenhaus platzt aus den Nähten

Hilfe erhofft man sich vom
Gesetzgeber

VON GRAZIELLA PIGA

„Ich kam zufällig gerade vorbei.“

„Ich hab darüber in einem Prospekt gelesen.“

„Als ich endlich wieder zu mir gekommen war, beschloss ich, das Frauenhaus ausfindig zu machen.“

„Ich hab von meinen Nachbarinnen davon gehört.“

Das sind die häufigsten Erklärungen, mit denen Frauen vor der Türe des Frauenhauses Gulruchsor stehen, häufig in einer Notlage, die völlig verstörten Kinder im Schlepptau. Gulruchsor, in der Stadt Chudschand, die im Norden der Region Sughd liegt, ist Tadschikistans einziges Frauenhaus für Opfer von häuslicher Gewalt und Menschenhandel. Es verfügt auch über eine Hotline, bei der im Jahr rund 1700 Hilferufe eingehen.

„Ursprünglich waren die örtlichen Behörden gegen die Einrichtung des Frauenhauses, das an ein bestehendes Frauenkrisenzentrum angeschlossen werden sollte, da sie keine Notwendigkeit dafür sahen“, erinnert sich Orsu Ganijewa, die Leiterin

des Frauenhauses. „Wir waren aber eindeutig zur richtigen Zeit am richtigen Platz und werden jetzt auch von verschiedenen staatlichen Stellen unterstützt.“

Seit das Frauenhaus 2005 mit Unterstützung des damaligen OSZE-Zentrums in Duschanbe seine Pforten öffnete, hat es 83 Frauen und mehr als 100 Kinder aufgenommen. Sie bleiben im Durchschnitt 11 Tage hier, manche von ihnen verlassen den sicheren Hort erst nach zwei Monaten. Rund 60 Prozent der Frauen waren Opfer häuslicher Gewalt, 10 Prozent hatten sexuelle Gewalt erlebt.

„Wir bemühen uns sehr darum, diesen verzweifelten Frauen zu helfen, Selbstvertrauen zu entwickeln und innere Ruhe zu finden“, erläutert Frau Ganijewa. „Unsere Fachkräfte, unter denen sich auch fünf Sozialarbeiter befinden, bieten unentgeltlich medizinische Beratung sowie psychologische und soziale Betreuung und Beratung an. Mithilfe dieser Eins-zu-eins-Betreuung waren viele Frauen in der Lage, einen Arbeitsplatz, eine Wohnung und Zugang zu Bildungseinrichtungen und finanzieller Unterstützung zu erhalten.“

Jede Geschichte häuslicher und sexueller Gewalt ist einzigartig, doch alle verbindet ein gemeinsamer roter Faden: die Demütigung und Hilflosigkeit, die die Opfer empfinden, und die viele von ihnen an den Rand des Selbstmords, häufig durch Selbstverbrennung, treibt. Allein im Jahr 2008 hatten 54 von den rund 1740 Frauen, die bei der Hotline anriefen, bereits einen Selbstmordversuch hinter sich.

Offiziellen Schätzungen zufolge setzen in Tadschikistan alljährlich rund 500 Menschen ihrem Leben ein Ende. „Das sind rund 6 von 100.000; würden diese Zahlen stimmen, wäre das kein so schlechtes Ergebnis“, meint Dr. Dawron Muchamadijew, leitender Facharzt an der gerichtsmedizinischen Abteilung des Militärkrankenhauses in Duschanbe. „Ich halte diese Zahl allerdings für wenig glaubwürdig, wenn man bedenkt, dass allmonatlich im Durchschnitt 15 Opfer nach einer versuchten Selbstverbrennung in die Abteilung für Verbrennungen im Krankenhaus Duschanbe eingeliefert werden.“

FAMILIENKONFLIKTE

In seiner Studie über Frauen, die Selbstverbrennungsversuche überlebt haben, kam Dr. Muchamadijew zum Schluss, dass 55 Prozent von ihnen wegen familiärer Konflikte einen Selbstmordversuch verübt hatten, häufig im Zusammenhang mit Problemen mit der Schwiegermutter. „Früher war man immer der Auffassung, bei selbstmordgefährdeten Menschen handle es sich um Geisteskranke, die psychiatrische Betreuung bräuchten. Heute räumen die Fachleute nach wie vor nur sehr widerstrebend ein, dass Selbstmord durch soziale und wirtschaftliche Instabilität ausgelöst werden kann“, erläutert er.

„In vielen Haushalten werden Frauen wie Vieh oder Mägde behandelt“, weiß Orsu Ganijewa. „Am

Chudschand (Tadschikistan), Mai 2009. Jede Geschichte von häuslicher oder sexueller Gewalt ist ein Einzelfall, erläutert Orsu Ganijewa, die Leiterin des einzigen Frauenhauses von Tadschikistan.

Höhepunkt der Auswanderungswelle, bei der Tausende Männer auf der Suche nach Arbeit in andere Länder auswanderten, blieben die Frauen oft allein mit der Obsorge über ihre Kinder zurück und waren damit weitgehend von der eigenen Familie oder der Schwiegerfamilie abhängig. Die Weltfinanzkrise hat das Bild leicht verändert, nicht zum Besten der Frauen. Viele Migranten, die in die Heimat zurückkommen, finden dort schlechtere wirtschaftliche Verhältnisse vor, in denen Frauen wieder einmal die Hauptleidtragenden häuslicher Gewalt sind.“

Tadschikistans holpriger Weg zu Stabilität nach Erreichung der Unabhängigkeit und einem fünfjährigen Bürgerkrieg forderte einen hohen Tribut von den Frauen und machte es ihnen schwer, einen eigenen Platz im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben anzustreben. Vor allem in ländlichen Gebieten hat die Rückkehr zu manchen örtlichen Bräuchen und Traditionen die Errungenschaften der Frauen unterminiert, weil der Schulbesuch von Mädchen nicht wichtig genommen, Druck auf junge Frauen gemacht wird, jung zu heiraten und teilweise auch arrangierte Ehen einzugehen, sie von einer eigenen Erwerbstätigkeit abgehalten und die Augen vor der von Männern praktizierten Polygamie verschlossen werden.

Eine Erhebung der OSZE von 2008 betreffend die Ausbildung von Mädchen in 24 *Jamoats* (Dörfern) ergab, dass fast ein Viertel der Mädchen und weiblichen Jugendlichen keinen Volksschulabschluss hatte. Rund 30 Prozent der befragten Frauen zwischen 18 und 25 gaben an, dass sie ihre Grundschulausbildung nicht abschließen oder ihre Schulausbildung nicht fortsetzen konnten, da sie die Eltern nicht zur Schule gehen ließen.

Dieselbe Erhebung ergab auch, dass rund 30 Prozent der schulpflichtigen Kinder keine Schule besuchen. Der Anteil von Knaben im schulpflichtigen Alter betrug 65 Prozent, bei den gleichaltrigen Mädchen lag er bei 59 Prozent. Nichtsdestoweniger war bei Diskussionsgruppen in denselben *Jamoats* durchaus sowohl von weiblichen als auch von männlichen Teilnehmern zu hören, dass eine Frau

ohne Schulbildung eher Opfer häuslicher Gewalt würde und diese als unausweichliche Gegebenheit hinnehme oder auch zu so extremen Mitteln wie Selbstmord Zuflucht nehme.

EINE PRIVATANGELEGENHEIT

Was die Lage noch verschlimmert, meint Gulbahor Safarowa, eine Menschenrechtsanwältin aus Duschanbe, ist die auch in vielen anderen Gesellschaften herrschende Einstellung, dass häusliche Gewalt eine Privatangelegenheit sei. „Polizeibeamte übernehmen dabei gerne die Rolle von Mediatoren und bemühen sich nach Kräften darum, die Frau zu überreden, ‚erst einmal nach Hause zu gehen und eine gute Ehefrau zu sein‘“, ist von ihr zu erfahren. „Sogar Richter versteigen sich manchmal zur Aussage, dass ‚eine gute Frau nicht geschlagen wird.‘“

Auch wenn sie die Möglichkeit haben, ihre Männer anzuzeigen, zögern die Frauen trotzdem sehr oft. „Von den 48 Fällen häuslicher Gewalt, die in den letzten sechs Monaten angezeigt wurden, landeten dann nur 10 vor dem Richter“, bedauert Frau Safarowa. „Sobald einem Opfer klar wird, dass ihr Ehemann dafür ins Gefängnis kommen kann, sieht sie das geringere Übel darin, sich mit der Misshandlung abzufinden, statt den Zorn des Täters und seiner Familie auf sich zu ziehen und ihre einzige finanzielle Unterstützung, so gering sie auch sein mag, zu verlieren. Und da Frauen nicht dieselben Eigentumsrechte wie ihre Ehemänner haben, laufen sie Gefahr, dadurch das Dach über dem Kopf zu verlieren.“

Das OSZE-Büro in Tadschikistan, das ein energisches Gender-Programm verfolgt, hat sich ein ganzheitliches Konzept für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu eigen gemacht, in dessen Mittelpunkt der Opferschutz, Forschung und Analyse, Fürsprache und Lobbying bei Regierungsstellen und dem Parlament und Verhütung durch Öffentlichkeitsarbeit und Erziehung stehen.

Bei dem von der OSZE gesponserten Expertentreffen zum Thema häusliche Gewalt, das im Oktober 2008 in Duschanbe stattfand, hoben Regierungs- und NRO-Vertreter hervor, dass das landesweite Netz von 11 von der OSZE unterstützten



Das Frauenhaus in Gulruchsor. Frauen klopfen oft im Zustand völliger Verzweiflung an die Türen des Frauenhauses, ihre völlig verstorbenen Kinder an der Hand.

Frauenkrisenzentren hier eine ganz zentrale Rolle spielt. Seit 2005 haben diese Frauenkrisenzentren Tausenden Opfern häuslicher Gewalt und gefährdeten Frauen durch das Angebot an unentgeltlicher psychologischer Unterstützung und Rechtsberatung geholfen.

Die NRO setzen ihre Hoffnung auf eine neu geschaffene einheitliche Datenbank mit Informationen über diese Krisenzentren, zu der auch Regierungsstellen Zugriff haben. „Wir hoffen, dass das den NRO und dem Staatlichen Ausschuss für Frauen- und Familienfragen bei ihren weiteren Bemühungen im Hinblick auf einen entsprechenden Rechtsrahmen hilft, durch den häusliche Gewalt zu einem strafrechtlichen Tatbestand gemacht werden soll“, erläutert Frau Ganijewa.

Ein Gesetzesentwurf, dem ein umfassendes und koordiniertes Konzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, einschließlich Maßnahmen zum Schutz der Opfer vor den Tätern zugrunde liegt, wurde Ende 2007 ausgearbeitet und von Vertretern der Regierung und den Leitern internationaler Einrichtungen bei verschiedenen Treffen diskutiert. Seither wurde es aber still um den Gesetzesentwurf und er wurde auch nicht im Parlament eingebracht. Eine Verabschiedung scheiterte an verschiedenen Hürden, darunter auch an der Finanzierung.

Sowohl nationale als auch internationale Befürworter des Gesetzes haben jedoch noch nicht die Hoffnung aufgegeben, dass es noch in diesem Jahr verabschiedet werden kann. Sollte das der Fall sein, wird es der Eröffnung weiterer Frauenhäuser in anderen Landesteilen den Weg ebnen und dem Netz der von der OSZE unterstützten Frauenkrisenzentren größere Nachhaltigkeit sichern. Bis dahin gibt es für Frauen in Not landesweit nur ein einziges Frauenhaus, in dem sie Zuflucht finden können.

Graziella Piga ist Managerin für Gender-Programme im OSZE-Büro in Tadschikistan.

www.osce.org/tajikistan

Eine alarmierende Tatsache: Brautraub in Kirgisistan

Gesucht: Mehr Studien, die Aufschluss über neue Trends geben



Naryn, Kirgisistan. Ein weinende junge Frau, die nach ihrer Entführung zum Tragen des Brautschleiers gezwungen wird

VON TURGANBUBU ORUNBAJEWÄ

Aigul ist über die Feiertage in ihr Dorf in der Provinz Naryn gefahren. Sie studiert an einer angesehenen Hochschule in Bischkek und freut sich über den Kurzurlaub. Eines Tages wird sie auf dem Heimweg vom Einkaufen von Erkin, einem jungen Taugenichts aus demselben Dorf, angesprochen. Er zwingt sie, in ein Taxi einzusteigen, und bringt sie nach Hause zu seiner Familie. Dort wird sie über eine Woche festgehalten. In dieser Zeit versuchen Erkins weibliche Verwandte unaufhörlich, sie zur Ehe mit Erkin zu überreden. Aigul widersetzt sich den Versuchen der Frauen, sie zum Tragen des Jooluk, des weißen Brautschleiers, zu zwingen, und bleibt standhaft. Schließlich geben Erkins Eltern auf und fordern Erkin und seine Freunde auf, Aigul zurück nach Bischkek zu bringen. Im Taxi kommt es zwischen Erkin, der über das Scheitern seiner Pläne erbost ist, und Aigul zu einer heftigen Auseinandersetzung. Er und seine Freunde wollen sich an ihr rächen. Alle vier vergewaltigen Aigul und drohen ihr mit dem Umbringen, falls sie auch nur ein Sterbenswörtchen davon erzählt.

Das ist nur eine der vielen herzzerreißenden Geschichten, die mir meine mehrheitlich weiblichen Mitarbeiter im Regionalkrankenhaus der Provinz Naryn, wo ich seit zwanzig Jahren als Gynäkologin arbeite, täglich erzählen. Brautraub – *ala katschuu* auf Kirgisisch – endet nicht immer so tragisch wie die Geschichte von Aigul und Erkin (deren Namen ich zum Schutz ihrer Identität geändert habe). Einigen Frauen gelingt es, auszubrechen und in der Folge ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Andere wiederum

beteuern, nach anfänglichem Widerstand in ihrer neuen häuslichen Umgebung glücklich und zufrieden zu sein.

Nur zur Klarstellung: Es gibt so etwas wie die Entführung einer Braut mit deren Zustimmung, die weniger umstritten ist und seltener vorkommt. Dabei inszenieren die Brautleute gewissermaßen ihre eigene „Entführung“, manchmal mit Zustimmung beider Eltern – etwa wenn sie sich eine offizielle Trauungszeremonie nicht leisten können – und manchmal, um die Einwilligung der Eltern zu umgehen.

Es ist die Entführung einer Braut ohne deren Zustimmung, die bei Kirgisen als rascher Weg zur Heirat immer beliebter wird und bei Behörden, Gesetzgebern, Genderspezialisten und vielen Menschen quer durch alle Schichten der Zivilgesellschaft die Alarmglocken schrillen lässt. Steigende Scheidungsraten, zunehmender Alkoholismus und Orientierungslosigkeit unter jungen Männern sowie Selbstmord und Prostitution bei jungen Frauen, die sich von heute auf morgen ihrer Zukunft beraubt sehen, sind nur einige der verheerenden Auswirkungen dieses Brauchs.

Die Verfechter des *ala katschuu* – und es sind viele, insbesondere in den ländlichen Gebieten – berufen sich auf eine kirgisische Tradition, die jedoch von der Bevölkerung nie als völlig legitim und echt empfunden wurde. Einige Wissenschaftler sind der Ansicht, dass dieser Brauch, der in der Sowjetzeit als rechtswidrig galt, mit der Erlangung der Unabhängigkeit wieder Auftrieb erhalten hat. Andere meinen, dass ein harmloses Brautwerberitual aus der Nomadenzeit brutale Formen angenommen hat.

Was immer die alten kulturellen und

soziologischen Wurzeln sein mögen, Tatsache ist, dass es sich beim Brautraub um ein Verbrechen handelt, das nach Artikel 155 des kirgisischen Strafgesetzbuchs (1997) mit einer hohen Geldstrafe oder mit Haft bis zu drei Jahren geahndet wird. Er verstößt auch gegen Buchstabe und Geist aller wichtigen Übereinkünfte und Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte und der Würde der Frauen in Kirgisistan, die das Land unterzeichnet hat.

Warum greift dann dieser Brauch so um sich?

NEUE ERKENNTNISSE

Die Organisation Bakubat (was soviel wie „Wohlbefinden“ bedeutet), die ich im Jahr 2000 gegründet habe, war wahrscheinlich die erste NRO in Zentralasien, die sich dieses noch kaum untersuchten Themas annahm. Wir befragten Historiker, Ethnologen und Forscher und durchstöberten Bibliotheken nach Literatur, um mehr über diesen Brauch zu erfahren, doch kam dabei so gut wie nichts heraus.

So beschlossen wir, auf unsere eigenen Ressourcen zurückzugreifen und ein Programm zu entwickeln, um jungen Männern bewusst zu machen, dass Gewalt und Misshandlung bei der Suche nach einer Lebenspartnerin keine gute Grundlage für ein stabiles und harmonisches Familienleben sind. Mein Interesse am Film ließ mich einige kurze Dokumentationen über den Brautraub drehen, die wir bei jeder Gelegenheit zeigten.

2006 erhielten wir den dringend benötigten Rückhalt durch das OSZE-Zentrum in Bischkek, das von unseren Bemühungen erfuhr und uns half, eine kleine Umfrage durchzuführen, die uns über die Gründe für die zunehmende Beliebtheit dieses Brauchs Aufschluss geben sollte. Wir beschlossen, uns auf die Provinz Naryn zu konzentrieren, wo unsere NRO ihren Sitz hat. Naryn mit seinen schätzungsweise 52.000 Einwohnern ist eine der gebirgigsten und entlegensten Provinzen Kirgisistans.

An der Umfrage nahmen 950 verheiratete kirgisische Frauen im Alter von 16 bis 70 Jahren teil. Wir wählten sie nach dem Zufallsprinzip zu annähernd gleichen Teilen aus Bewohnerinnen städtischer und ländlicher Gebiete aus. Ihre Antworten auf unsere Fragen bestätigten unsere schlimmsten Befürchtungen: Über 60 Prozent der Frauen in den ländlichen Gebieten und über 40 Prozent in den Städten hatten eine Ehe gegen ihren Willen im Wege des *ala katschuu* geschlossen. In mehr als der Hälfte der Fälle war bei der Entführung Gewalt im Spiel. Fast 60 Prozent der Frauen wurden gegen ihren Willen entführt, die meisten im Alter zwischen 16 und 22 Jahren.

Neunzig Prozent der Entführungsoffer gaben an, dass ihre Angst, von der Gemeinschaft und manchmal der eigenen Familie verstoßen zu werden, und ihre Sorge, kaum noch Chancen



COURTESY OF T. ORUNBAJEWA

auf ein glückliches Leben zu haben, wenn sie die „Schwelle“ wieder überschritten, maßgeblich dazu beitrugen, dass sie sich mit ihrer Situation abfanden. Und selbst wenn sich die Opfer weigerten, ihr Schicksal widerspruchslos hinzunehmen, gingen sie im Allgemeinen nicht zu Gericht oder zur Polizei.

Obwohl es keine offiziellen Statistiken gibt, zeigte die Umfrage, dass große Teile der Bevölkerung nichts gegen die „Tradition“ des *ala katschuu* einzuwenden haben, diese sogar stillschweigend gutheißen und sich ihrer schädlichen Auswirkungen nicht bewusst sind. Außerdem leistet ein komplexes Netz von einander bedingenden Faktoren dieser Praxis Vorschub. Dazu zählen: die unbekümmerte Einstellung junger Menschen zur Ehe, auch unter relativ gut Gebildeten; das geringe Wissen junger Frauen um ihre gesetzlich verankerten Rechte (und analog dazu die Unwissenheit junger Männer in rechtlichen Fragen); und die in der Polizei vorherrschende Ansicht, dass häusliche Gewalt und Brautraub eine innerfamiliäre Angelegenheit seien.

SOZIOÖKONOMISCHER SCHADEN

Unsere Zusammenarbeit mit dem OSZE-Zentrum in Bischkek führte 2008 zu einem Pilotprojekt, das der häuslichen Gewalt und dem Brautraub durch Förderung des Genderbewusstseins entgegenwirken sollte. Wir erreichen nun in Naryn mehr junge Menschen als je zuvor und sind dabei, die Beziehungen zwischen öffentlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft zu verstärken.

In unseren Seminaren versuchen wir, jungen Männern und Frauen klar zu machen, dass der Brauch des *ala katschuu* – was wörtlich „nehmen und weglaufen“ bedeutet – jede nur erdenkliche Form von Gewalt beinhaltet: physische Gewalt, weil es in fast jedem Entführungsfall zur Anwendung körperlicher Gewalt kommt; psychische

Stadt Naryn, 26. November 2008. Studenten, die mit Transparenten gegen häusliche Gewalt und Brautraub, für Wohlstand durch Bildung und für glückliche und gesunde Familien demonstrieren. In der Mitte sitzend die Autorin Turgan Orunbajewa.



Stadt Naryn, 5. Dezember 2008. Im Zuge einer vom OSZE-Zentrum in Bischkek unterstützten internationalen Kampagne gegen häusliche Gewalt veranstaltete die NRO Bakubat eine Reihe von Seminaren für 150 kirgisische Grenzsoldaten, Soldaten des Naryn-Bataillons des Verteidigungsministeriums, Medizinstudenten und Studenten der Lehrerbildungsanstalt und der Staatlichen Universität Naryn.

COURTESY OF T. ORUNBAJEVA

Gewalt, weil unabhängig davon, ob die Frau ihren Entführer kennt oder nicht, die Tatsache bestehen bleibt, dass sie durch Täuschung oder stunden- bis tagelange Nötigung zur Heirat gezwungen wird; und sexuelle Gewalt, weil die Frauen oft vergewaltigt werden, um den Bund „zu besiegeln“.

Ebenso verwerflich ist der sozioökonomische Schaden, der Frauen, ihren Familien und der Gesellschaft als Ganzes zugefügt wird. Wenn Frauen in diese Art von Ehe gezwungen werden, nimmt man ihnen das Recht, in der Entwicklung ihres Landes eine positive und produktive Rolle zu spielen.

In unserer Umfrage mussten 32 Prozent der entführten Frauen die Schule ganz abbrechen und 27 Prozent konnten sie nur noch unregelmäßig besuchen. Die Angst vor einer Entführung hält Tausende junge Frauen auch davon ab, in ihre Dörfer zurückzukehren, wo ihre Kenntnisse dringend benötigt würden, insbesondere in Schulen und Spitälern. Lieber bleiben sie als ungelernete Arbeitskräfte in den Städten, wo sie Gefahr laufen, im Rotlichtmilieu zu enden oder Menschenhändlern in die Hände zu fallen.

SCHARFER GEGENSATZ

Ein wichtiger Meilenstein in unserer Tätigkeit war letztes Jahr die Eröffnung unseres Beratungs- und Rehabilitationszentrums in Naryn, die das OSZE-Projekt möglich gemacht hatte. Bisher konnten wir rund 500 Opfern von häuslicher Gewalt und Brautraub psychologische und medizinische Hilfe und Rechtsberatung anbieten.

Es ist erfreulich, dass all diese Aktivitäten bereits erste Wirkung zeigen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Dorf Bajetow im Bezirk Ak-Talaa in der Provinz Naryn gab es in den letzten drei Jahren keinen einzigen Fall von Brautraub. Eine ähnlich rückläufige Entwicklung ist auch in anderen Dörfern zu beobachten. Außerdem sind jetzt staatliche Stellen und Strafverfolgungsbehörden eher geneigt, gemeinsam mit uns und anderen NROs gegen diese Praxis vorzugehen.

Im Oktober 2008 wurde ich eingeladen, die Arbeit von Bakubat auf einem von der OSZE gesponserten Expertenseminar

in Duschanbe zu schildern, bei dem es um innovative Ansätze zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ging. Und im März dieses Jahres stellte ich, ermutigt durch das OSZE-Zentrum in Bischkek, die Erkenntnisse aus unserer Untersuchung über den Brautraub bei einer parlamentarischen Anhörung zum Thema „Genderaspekte der Rechtsvorschriften über das Heiratsalter“ vor.

Seither befürworten hochrangige Beamte unsere Zusammenarbeit mit der OSZE, und Journalisten interessieren sich zunehmend für unsere Arbeit. Was für ein scharfer Gegensatz zu früher: Als ich dieses brisante Thema in den späten 1990er Jahren erstmals zur Sprache brachte, stieß ich nur auf Skepsis, Argwohn und Anfeindungen. Staatliche Behörden, örtliche Aktivisten, Bürger, Wissenschaftler und Mitglieder der internationalen Gemeinschaft sollten diese positive Entwicklung nützen, um mit vereinten Kräften eine der verabscheuenswürdigsten Gepflogenheiten, denen Frauen in Zentralasien ausgeliefert sind, endgültig abzuschaffen.

Turgan Orunbajewa ist Gründerin und Direktorin der NRO Bakubat in Naryn (Kirgisistan). Sie fiel selbst einem Brautraub zum Opfer.

Beiträge zu diesem Artikel leisteten Schumagiul Jessenalijewa, Ansprechpartnerin für Genderfragen, und Burul Usmanalijewa, Medienreferentin, vom OSZE-Zentrum in Bischkek.

<http://www.osce.org/bishkek>



Frauenanteil in nationalen Parlamenten der OSZE-Teilnehmerstaaten (Stand: 31. Mai 2009)

Rang	Land	Erste bzw. einzige Kammer			
		Wahlen	Sitze	Frauen	% Frauen
1	Schweden	9/2006	349	164	47
2	Island	4/2009	63	27	42.9
3	Finnland	3/2007	200	83	41.5
4	Niederlande	11/2006	150	62	41.3
5	Dänemark	11/2007	179	68	38
6	Spanien	3/2008	350	127	36.3
7	Norwegen	9/2005	169	61	36.1
8	Belgien	6/2007	150	53	35.3
9	Deutschland	9/2005	612	197	32.2
10	Belarus	9/2008	110	35	31.8
11	Andorra	4/2009	28	9	32.1
12	Schweiz	10/2007	200	57	28.5
13	Portugal	2/2005	230	65	28.3
14	ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	6/2008	120	34	28.3
15	Österreich	9/2008	183	51	27.9
16	Kirgisistan	12/2007	90	23	25.6
17	Monaco	2/2008	24	6	25
18	Liechtenstein	2/2009	25	6	24
19	Moldau	4/2009	101	24	23.8
20	Luxemburg	6/2004	60	14	23.3
21	Kanada	10/2008	308	68	22.1
22	Bulgarien	6/2005	240	52	21.7
23	Serbien	5/2008	250	54	21.6
24	Italien	4/2008	630	134	21.3
25	Kroatien	11/2007	153	32	20.9
26	Estland	3/2007	101	21	20.8
27	Polen	10/2007	460	93	20.2
28	Lettland	10/2006	100	20	20
29	Vereinigtes Königreich	5/2005	646	126	19.5
30	Slowakei	6/2006	150	29	19.3
31	Frankreich	6/2007	577	105	18.2
32	Litauen	10/2008	141	25	17.7
33	Tadschikistan	2/2005	63	11	17.5
34	Usbekistan	12/2004	120	21	17.5
35	Turkmenistan	12/2008	125	21	16.8
36	Vereinigte Staaten von Amerika	11/2008	435	73	16.8
37	Kasachstan	8/2007	107	17	15.9
38	Tschechische Republik	6/2006	200	31	15.5
39	San Marino	11/2008	60	9	15
40	Griechenland	9/2007	300	44	14.7
41	Zypern	5/2006	56	8	14.3
42	Russische Föderation	12/2007	450	63	14
43	Irland	5/2007	166	22	13.3
44	Slowenien	9/2008	90	12	13.3
45	Bosnien und Herzegowina	10/2006	42	5	11.9
46	Aserbaidshjan	11/2005	123	14	11.4
47	Rumänien	11/2008	334	38	11.4
48	Ungarn	4/2006	386	43	11.1
49	Türkei	7/2007	549	50	9.1
50	Malta	3/2008	69	6	8.7
51	Armenien	5/2007	131	11	8.4
52	Ukraine	9/2007	450	37	8.2
53	Albanien	7/2005	140	10	7.1
54	Montenegro	3/2009	81	5	6.2
55	Georgien	5/2008	150	9	6

Im Mai 2009 stellten in elf OSZE-Teilnehmerstaaten Frauen mindestens 30 Prozent der Abgeordneten. Diesen Wert gab der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen 1990 als Mindestanteil vor.

Der Frauenanteil im Parlament hängt von verschiedenen Faktoren ab:

Gesellschaftliche Einstellungen und politische Tradition: In einigen Teilnehmerstaaten hat die Beteiligung von Frauen am politischen Leben eine lange Tradition.

Quotenregelungen: Die Verfassungen oder Wahlordnungen einiger OSZE-Teilnehmerstaaten schreiben Frauenquoten für die nationalen Parlamente oder für die Kandidaten wahlwerbender Parteien vor.

Wahlssysteme: In neun der elf Teilnehmerstaaten, die die 30-Prozent-Marke erreicht haben, gilt das Verhältniswahlrecht.

Quelle: Interparlamentarische Union
<http://www.ipu.org/english/home.htm>



Weibliche Abgeordnete zum Riksdag mit Parlamentspräsident Per Westerberg 2007. Schweden hat (nach Ruanda) weltweit den zweithöchsten Frauenanteil in einem nationalen Parlament. Foto: Schwedischer Riksdag/Melker Dahlstrand

Im Rahmen des Aktionsplans zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern unterstützt die OSZE die Teilnehmerstaaten in ihren Bemühungen, wirksame Maßnahmen zur Verwirklichung einer gleichberechtigten Teilnahme von Frauen an demokratischen Prozessen und zur Förderung der politischen Mitsprache von Frauen zu entwickeln. Die Organisation widmet sich der Durchführung und Unterstützung von Projekten in diesem Bereich, oft im Zusammenhang mit Projekten zur Demokratisierung von Wahlen.

Guide on Gender-Sensitive Labour Migration Policies



Athen, 18. Mai. Eva Biaudet, Sonderbeauftragte und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels, und Goran Svilanović, Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, stellen die neue Publikation bei einer Podiumsdiskussion vor.

Seit Langem überfälliges Hilfsmittel weist den Weg zu einer geschlechterdifferenzierten Betrachtung der Arbeitsmigration

Der *Guide on Gender-Sensitive Labour Migration Policies* der OSZE ist soeben erschienen und wird nun in großem Umfang an Politiker, Parlamentarier und Planer im OSZE-Raum verteilt – und das keinen Augenblick zu früh: Trotz der „Feminisierung der Migration“, eines nach wie vor ungebrochenen weltweiten Trends, widmen Entscheidungsträger den spezifischen Bedürfnissen von Arbeitsmigrantinnen nicht die Aufmerksamkeit, die sie verdienen.

„Frauen machen rund die Hälfte der 200 Millionen Migranten weltweit aus und werden in ihren Heimat- und Aufnahmeländern zu einem immer wichtigeren Wirtschaftsfaktor“, sagt Goran Svilanović, Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE. „Allerdings werden mögliche Gewinne sowie berufliche und wirtschaftliche Chancen dadurch zunichtegemacht, dass Migrantinnen in allen Phasen des Migrationsprozesses und auf dem in männliche

und weibliche Sektoren gegliederten Arbeitsmarkt auf der Verliererseite stehen.“

Für diese Situation sind mehrere Faktoren verantwortlich, insbesondere eine nicht geschlechterdifferenzierte Arbeitsmigrationspolitik, der beschränkte Zugang von Frauen zu legalen Arbeitsmöglichkeiten im Ausland sowie männliche und weibliche Rollenstereotype am Arbeitsplatz.

„Die meisten Migrantinnen landen – auch wenn sie für besser bezahlte Arbeitsplätze qualifiziert wären – in traditionell weiblich dominierten informellen Sektoren, wo sie oft keinen arbeitsrechtlichen Schutz genießen und außerhalb des sozialen Sicherheitsnetzes bleiben. Das macht sie anfällig für Diskriminierung, Missbrauch, Ausbeutung und Menschenhandel“, sagt Eva Biaudet, Sonderbeauftragte und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels.

Der Leitfaden zitiert mehrere Studien, aus denen hervorgeht, dass die am stärksten „feminisierten“ Beschäftigungen, für die in den Aufnahmeländern große Nachfrage besteht, in den Bereichen Krankenpflege, Erziehung, Hausarbeit, Personenbetreuung, Gastgewerbe, Bekleidungsindustrie und landwirtschaftliche Saisonarbeit zu finden sind.

- Der Leitfaden empfiehlt den Regierungen unter anderem,
- den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften durch Analyse von Daten zu Gender und bestimmten Sektoren des Arbeitsmarkts, darunter Hausarbeit und private Pflegedienste, zu erheben, damit in der Zuwanderungspolitik der Bedarf in diesen konkreten Bereichen besser berücksichtigt werden kann,
 - ständige und befristete Migrationskanäle zu entwickeln, die Männern und Frauen gleichermaßen offenstehen, und beispielsweise durch Punktesysteme die Rolle von Frauen in der Pflege besonders zu berücksichtigen,
 - Arbeitsmigrantinnen den Wechsel des Arbeitsplatzes zu erlauben, um sie weniger abhängig von einem bestimmten Arbeitgeber zu machen,
 - angehende Arbeitsmigrantinnen in ihren Herkunftsländern auf den Arbeitsmarkt und die Ausreise vorzubereiten,
 - Ehrenkodizes für die Personaleinstellung auszuarbeiten,
 - den gleichberechtigten Zugang von Männern und Frauen zu Finanzdienstleistungen zu fördern und kostengünstige Möglichkeiten für den Geldtransfer zu schaffen,
 - unterschiedliche Wiedereingliederungsprogramme für die verschiedenen Gruppen von Migrantinnen zu entwickeln, um eine problemlose Rückkehr zu ermöglichen.
- „Durch das Erkennen von Lücken in der Migrationspolitik, durch die Suche nach Lösungsmöglichkeiten und durch die Beschreibung nachahmenswerter Beispiel aus der Praxis

Eine geschlechterdifferenzierte Arbeitsmigrationspolitik

- ist sich dessen bewusst, dass sowohl Männer als auch Frauen aus wirtschaftlichen Gründen und auf der Suche nach besseren Beschäftigungsmöglichkeiten zu Migranten werden, dass jedoch Frauen die Migration ganz anders erleben als Männer;
- berücksichtigt Faktoren, die in der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung und den Machtverhältnissen zwischen Männern und Frauen wurzeln;
- beruht auf einer Genderanalyse, zieht geschlechtsspezifische Daten heran und berücksichtigt, wem eine bestimmte Politik nützt und wem nicht; und
- beinhaltet Maßnahmen, die durch Förderung gleicher Chancen, Rechte und Pflichten gezielt Frauen zugutekommen sollen.

und innovativer Modelle versucht der Leitfaden, die Beiträge von Arbeitsmigrantinnen zu unterstützen und zu verstärken, auf dem Arbeitsmarkt für mehr Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen zu sorgen und es Frauen zu ermöglichen, aus dem Schatten des informellen Sektors hervorzutreten,“ sagt Jamila Seftaoui, Erste Beraterin der OSZE für Genderfragen.

„Wir hoffen, dass der dimensionsübergreifende Ansatz des Leitfadens den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen betreffend Wirtschaftsmigration,

Gleichstellung der Geschlechter und Bekämpfung des Menschenhandels eine große Hilfe sein wird.“

Der „Guide on Gender-Sensitive Labour Migration Policies“ ist eine Gemeinschaftsarbeit des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, des Büros der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels und der Abteilung Genderfragen der OSZE. Möglich gemacht wurde die Publikation durch die finanzielle Unterstützung Griechenlands, Finnlands und Sloweniens. Eine russische Fassung des Leitfadens ist in Ausarbeitung.

„Die Geschichte der Migration in Armenien ist facettenreich, wobei sich die Trends immer wieder verlagern. Wir haben ihre negativen Auswirkungen in Form der Abwanderung der Eliten kennengelernt, aber auch ihre positive Seite in Form von Geldtransfers in die Heimat, wodurch die schwierige wirtschaftliche Situation vieler Familien erleichtert wird.

Obwohl wir noch kein klares Bild von diesem Phänomen und seinen Auswirkungen haben, müssen schon jetzt einige Fragen angesprochen werden: Erstens sind jetzt immer mehr Frauen Haushaltsvorstand, weil ihre Ehemänner für längere Zeit oder saisonweise im Ausland arbeiten. Zweitens geraten Frauen, insbesondere junge, die sich beruflich verbessern oder ihre im Land zurückgebliebenen Familien unterstützen möchten, auf der Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland

manchmal in eine Situation, in der sie sexuell oder arbeitsmäßig ausgebeutet werden.

Vor diesem Hintergrund werden wir uns in Armenien den von der OSZE herausgegebenen Guide on Gender-Sensitive Labour Migration Policies bestimmt genau ansehen. Die Regierung wird darin sicher ein nützliches Instrument zur Unterstützung ihrer Bemühungen sehen, eine geschlechterdifferenzierte Arbeitsmigrationspolitik zu betreiben, eine Genderstrategie auszuarbeiten und Maßnahmen und Aktivitäten für die nächste Phase ihres nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels zu konzipieren.

Ich hoffe, dass die OSZE ernsthaft überlegt, ein Projekt zur Beurteilung des Genderaspekts der Migration und seiner Auswirkungen auf die Entwicklungen im Südkaukasus durchzuführen.



Athen, 18. Mai 2009. Dzniunik Aghajanian, Leiterin der Abteilung für internationale Organisationen im armenischen Außenministerium, bei einer Podiumsdiskussion anlässlich der Vorstellung des Leitfadens.



Athen, Siebzehntes Wirtschafts- und Umweltforum der OSZE, 18. bis 20. Mai 2009. „Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ruft nach einem fokussierteren und koordinierteren Konzept der internationalen Gemeinschaft zur Migrationssteuerung,“ sagte Dora Bakoyannis, Amtierende Vorsitzende der OSZE und griechische Außenministerin, auf dem Forum. Foto: OSZE/Karen Minasyan



Die Förderung der Chancengleichheit für männliche und weibliche Polizeibeamte und die Ermutigung von Frauen, aktiv an Bürgerberatungsgruppen teilzunehmen, sind wichtige Ziele des von der OSZE geförderten Polizeiunterstützungsprogramms für Armenien. Foto: OSZE/Karen Minasyan

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

www.osce.org
www.osce.org/publications
e-mail: oszemagazine@osce.org